

DIE TERRITORIALE AGENDA 2030
IN DER PRAXIS

Gemeinsam für den ländlichen Raum

Impulse für eine kooperative Regional-
entwicklung in Deutschland und Europa



Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen



Liebe Leserinnen und Leser,

als die Pilotaktion im Jahr 2020 geplant wurde, lag der Fokus auf strukturschwachen Regionen. Das entsprach dem Schwerpunkt der Territorialen Agenda 2030 für ein gerechtes Europa und unserer nationalen Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse.

Bei den Workshops mit den Partnerregionen wurde dann immer klarer, dass der Stempel einer benachteiligten Region auch zu einer Negativspirale führen kann. Wenn Menschen die Region als unattraktiv empfinden, ziehen sie dort weg, andere ziehen erst gar nicht dorthin.

Globale Trends, wirtschaftliche Entwicklungen und der demografische Wandel stellen ländliche Regionen in der Tat immer wieder vor Herausforderungen.

Ländliche Räume haben aber auch große Potenziale, sich flexibel an veränderte Gegebenheiten anzupassen. Der Schlüssel liegt in der Resilienz. Diese Potenziale zu aktivieren, gelingt umso besser, wenn damit auch ein positiver Wandel des Selbstverständnisses und des Narrativs von „benachteiligten“ hin zu „proaktiven“ Regionen verbunden ist.

Für strukturschwache Regionen kristallisieren sich zwei Erfolgsfaktoren als besonders vielversprechend heraus: Eine langfristige interkommunale Kooperation und die Bündelung von Kompetenzen. Sie helfen, die begrenzten Ressourcen optimal zu nutzen.

Neben der Pilotaktion „A future for lagging regions“ wurden noch weitere Pilotaktionen

initiiert. Sie sollen die Territoriale Agenda 2030 in die Praxis bringen und neue Aktivitäten inspirieren. Zwei Aspekte sind dabei besonders wichtig:

1. Die Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Partnern. Denn die Menschen vor Ort wissen am besten, was sie brauchen.
2. Die räumlich-integrierte Perspektive: Es ist essenziell, Orte und Fachpolitiken nicht isoliert zu betrachten. „Niemand ist eine Insel“ trifft auch auf sie zu. Eine räumliche und sektorübergreifende Sichtweise ist komplex, führt aber letztlich zu besseren Ergebnissen.

Die Handlungsansätze und die lessons learned, die in diesem Ergebnisbericht vorgestellt werden, sind aus meiner Sicht eine große Schatzkiste. Ich freue mich, wenn Sie sich großzügig daraus bedienen.

Ich wünsche Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre und viele Inspirationen, welche Beiträge für ein gutes Leben durch proaktive ländliche Regionen geleistet werden.

Ihre

Klara Geywitz
Bundesministerin für Wohnen,
Stadtentwicklung und Bauwesen

Kurzfassung

Die Territoriale Agenda 2030 wurde am 1. Dezember 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft als zentrales Leitdokument der europäischen Raumentwicklung verabschiedet. Um ihre Ziele umzusetzen und einen Praxisbezug herzustellen, wurden thematische Pilotaktionen ins Leben gerufen.

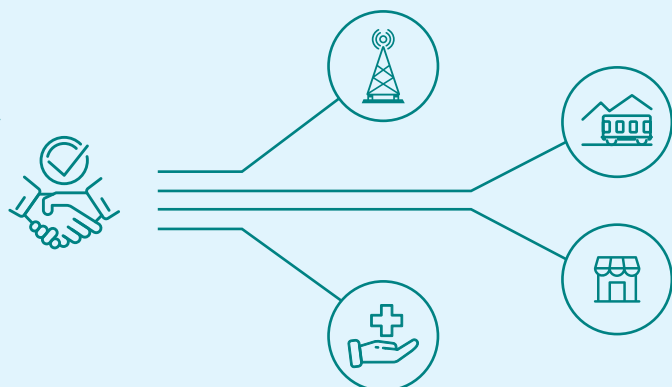
Unter der Leitung des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) wurde die Pilotaktion „A future for lagging regions“ umgesetzt, die sich mit Lösungsansätzen zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen befasste. Die Partnerregionen bearbeiteten unter anderem die Teilbereiche Digitalisierung, Mobilität, Gesundheit und Nahversorgung.

Aufgrund kleinteiliger Gemeindestrukturen und der zunehmenden Komplexität von Aufgaben der Daseinsvorsorge kommen vor allem kleinere Gemeinden schnell an den Rand ihrer Leis-

tungsfähigkeit. Ländliche Regionen, die aufgrund ihrer Lage oder sozioökonomischer und demografischer Transformationsprozesse strukturelle Defizite entwickelt haben, werden oft als „strukturell schwach“ oder „benachteiligt“ bezeichnet. In manchen Fällen werden hiermit implizit ein eingeschränkter Handlungsspielraum und ein passives Hinnehmen einer Abwärtsspirale suggeriert. Dieses Narrativ wird durch viele lokale Prozesse und Initiativen widerlegt und zeigt sich daher als unzutreffend und überholt. Ländliche Regionen der Pilotaktion und darüber hinaus agieren als proaktive Regionen, die über Expertise, Kooperation und Engagement trotz eingeschränkter Ressourcen Vieles voranbringen.

Pilotaktion „A future for lagging regions“

Lösungsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen





Die Ergebnisse der Pilotaktion umfassen eine Vielzahl an Lösungsansätzen, Beispielen und Maßnahmen, die darstellen, welche Beiträge für ein gutes Leben durch proaktive ländliche Regionen geleistet werden.

Die Pilotaktion zeigt, welche positiven Hebelwirkungen die Anpassung von Strukturen und Prozessen vor Ort bewirken kann. So tragen etwa strukturelle interkommunale Kooperationen dazu bei, Kapazitäten effizienter zu nutzen und ortsübergreifende Lösungen zu entwickeln und bilden damit eine wichtige Säule zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Mithilfe eines gemeindeübergreifenden Ansatzes lassen sich viele öffentliche Aufgaben und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger effektiver erfüllen. Durch aktive fach- und ämterübergreifende Koordinierung in den Verwaltungen kann die Arbeit lokaler Initiativen wesentlich erleichtert werden, aus denen sich neue Angebote der Daseinsvorsorge entwickeln können. Auch niedrigschwellige Maßnahmen können eine große Hebelwirkung haben: Vernetzungs- und Beteiligungsformate bilden die Grundlage, um strategische Konzepte und Leitbilder auf lokaler Ebene zu entwickeln und die öffentliche Hand

sowie Partner aus Wirtschaft und der lokalen Bevölkerung aktiv miteinander ins Gespräch zu bringen.

Um kooperative Prozesse effektiver zu unterstützen, gilt es auch auf nationaler und regionaler Ebene finanzielle Anreize und administrative, strategische und planerische Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierzu hat die Pilotaktion praktische Ansätze und Beispiele zusammengebracht, die in dieser Publikation vorgestellt werden. Förderprogramme sollten neben der Finanzierung von investiven Maßnahmen etwa auch die Prozessinnovation in ländlichen Regionen stärker in den Blick nehmen und die Kooperationsbestrebungen in den Kommunen unterstützen, sodass deren Handlungsfähigkeit auch langfristig erhalten bleibt.

Das Vorhaben unter deutscher Federführung ist eine von sieben Pilotaktionen, die sich jeweils auf unterschiedliche Themen der Territorialen Agenda 2030 (TA 2030) konzentrieren. Um die TA 2030 weiter umzusetzen, braucht es eine dauerhafte programmatische Verankerung sowie ein klares politisches Engagement aller beteiligten Staaten und der Europäischen Kommission. Die direkte Verknüpfung des raumentwicklungsrelevanten politischen Ziels 5 „ein bürgernäheres Europa“ der EU-Strukturfonds mit der TA 2030 kann ein Ansatzpunkt sein, genauso wie eine Zweckbindung eines bestimmten Prozentsatzes der Strukturfonds für räumliche Fragestellungen („räumliche Dimension“).



Die vorliegende Publikation ist auch in englischer Sprache unter dem Titel „Joining forces for rural areas – impulses for cooperative regional development in Germany and Europe“ verfügbar.

Inhalt

Die Territoriale Agenda 2030: Leitbild für ein gutes Leben in allen Regionen Europas	8
Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum: Die Ziele der Pilotaktion	11
Nationale Politikansätze für ländliche Regionen verstehen ...	12
Vielfältige ländliche Regionen: Die proaktive Partnerschaft der Pilotaktion	14
Ländliche Regionen gestalten ihre Zukunft.....	20
Handlungsansätze: Strategische lokale Verantwortungsgemeinschaften aufbauen.....	23
Handlungsansätze: Digitalisierung als Chance nutzen	28
Handlungsansätze: Ländliche Mobilität gemeinsam gestalten.....	32
Empfehlungen für eine kooperative Regionalentwicklung	36
Stärkung der territorialen Dimension in EU-Politikansätzen ...	42
Die Pilotaktionen mit deutscher Beteiligung der TA 2030 im Überblick.....	46

Die Territoriale Agenda 2030:

*Leitbild für ein
gutes Leben in
allen Regionen
Europas*



Die Auswirkungen globaler Trends in Wirtschaft und Gesellschaft führen zu ständigen strukturellen Veränderungsprozessen in Regionen.

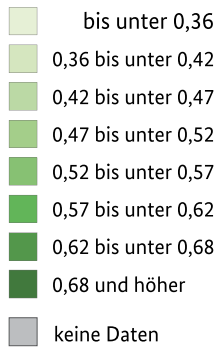
Veränderte Fertigungs- und Produktionsprozesse, die Digitalisierung oder der Wandel der Energieerzeugung von Fossilen auf Erneuerbare wirken in den ländlichen Raum hinein. Abhängig von den regionalen und sozioökonomischen Strukturen können ländliche Regionen von neuen Entwicklungstrends profitieren und wirtschaftlich attraktive Standorte sein. Der Zugang von Menschen wird dann begünstigt. Andere ländliche Regionen geraten unter Druck und müssen strukturelle Veränderungsprozesse durchlaufen, um sich anzupassen. Insbesondere in peripher gelegenen Gebieten überlagern sich oftmals globale Trends mit negativen demografischen Faktoren. Geschäfte schließen, Busse fahren nur noch selten, Arztpraxen sind weit entfernt, es fehlt an Unternehmen und Arbeitsplätzen, junge Menschen wandern ab. Daher müssen zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Menschen in der Region zu halten und ihnen eine Bleibeperspektive zu geben. Nicht immer ist dies in der Vergangenheit gelungen, und das Gefühl mancher Menschen „abgehängt zu sein“, breitet sich in vielen Regionen Europas aus.

Kompass für die europäische Raumentwicklung



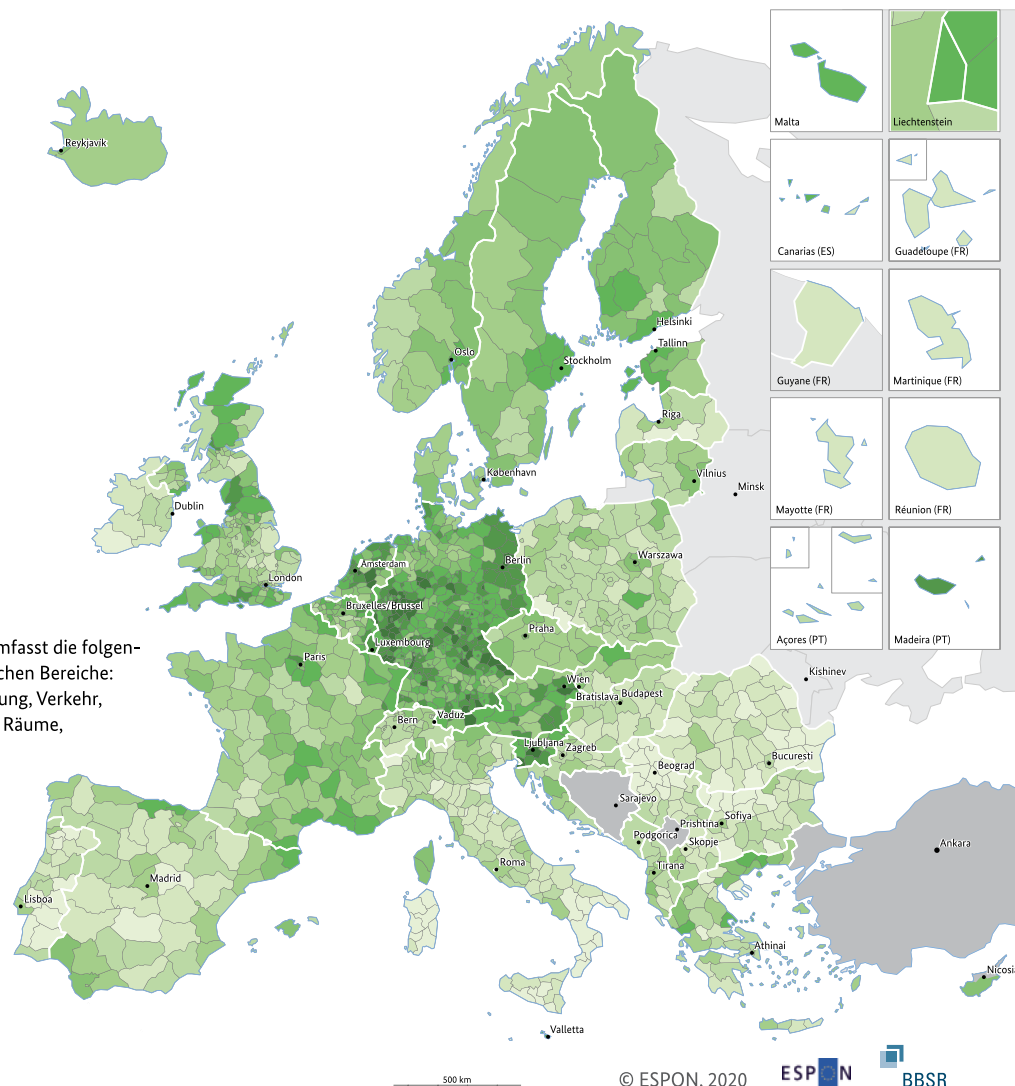
Mit der Territorialen Agenda 2030 wurde am 1. Dezember 2020 unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft auf dem informellen Treffen der Ministerinnen und Minister für Raumordnung, Raumentwicklung und territorialen Zusammenhalt ein leitgebendes Rahmendokument und ein inhaltlicher Kompass für die europäische Raumentwicklung angenommen. Sie greift die skizzierten Herausforderungen in besonderem Maße auf und formuliert als übergeordnetes Leitbild, allen Regionen und Orten in Europa eine positive Zukunftsperspektive ermöglichen zu wollen.

Index der Möglichkeiten für ein gutes Leben*



*Der Index der Möglichkeiten für ein gutes Leben umfasst die folgenden persönlichen, sozioökonomischen und ökologischen Bereiche: Wohnungs- und Grundversorgung, Gesundheit, Bildung, Verkehr, digitale Konnektivität, Arbeit, Verbrauch, öffentliche Räume, Kulturgüter, grüne Infrastruktur und Schutzgebiete.

Regionen: NUTS 3 (2016)
 Datengrundlage: Eurostat, ESPON, EU-SPI European Regional Database, Eurobarometer, EUA, 2020;
 EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen



Atlas für die Territoriale Agenda 2030 (BBSR; ESPON, 2020): Index der Möglichkeiten für ein gutes Leben in den Regionen Europas
www.atlasta2030.eu

Eine ausreichende Verfügbarkeit von Daseinsvorsorgeleistungen ist die Grundlage für gute Lebensqualität, die jedoch im europäischen Vergleich regional sehr unterschiedlich ausgeprägt ist (vgl. Abbildung oben). Um für alle Regionen gute Perspektiven zu gewährleisten, gilt es strukturelle Anpassungen der Daseinsvorsorge vor Ort anzustoßen. Durch die aktive Zusammenarbeit mit regionalen und lokalen Partnern können

ortsbezogene Strategien erstellt, angepasst und in die Umsetzung gebracht werden. Durch die Möglichkeiten der Digitalisierung können Angebote der Mobilität, der medizinischen Versorgung, Bildung oder der Nahversorgung neu gedacht und aufgestellt werden. Aus den thematischen Pilotaktionen, die im Rahmen der Territorialen Agenda umgesetzt wurden, konnten Praxisbeispiele und Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

Zukunftsperspektiven für den ländlichen Raum: Die Ziele der Pilotaktion

Um die Ziele der Territorialen Agenda 2030 umzusetzen und sie stärker mit der Praxis zu verzahnen, wurde auf Initiative des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) die Pilotaktion „A future for lagging regions“ ins Leben gerufen. Über einen Zeitraum von drei Jahren beteiligten sich an der Pilotaktion als Partner die Region Walgau in Österreich, die Region Grand Est in Frankreich, die Region Alentejo in Portugal, sowie in Deutschland die beiden Landkreise Görlitz und Schleswig-Flensburg sowie die Planungsregion Rostock.

Die Pilotaktion konzentrierte sich auf den Austausch zu kooperativen und aktivierenden Maßnahmen der regionalen und lokalen Ebene für die langfristige Verbesserung der Daseinsvorsorge in ländlichen und eher peripher gelegenen Gebieten. Damit werden Wege aufgezeigt, um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse für Regionen in Europa zu verbessern. Die teilnehmenden Regionen sind durch demografische Veränderungen und eine geringe Bevölkerungsdichte geprägt. Manche der Regionen durchlaufen zudem einen tiefgreifenden wirtschaftlichen Transformationsprozess.

Durch einen gemeinsamen transnationalen und Ebenen übergreifenden Dialog zwischen europäischen Institutionen, Mitgliedstaaten, Regionen

und Kommunen gelang ein fachlicher Diskurs zu folgenden Handlungsansätzen einer kooperativen Regionalentwicklung:

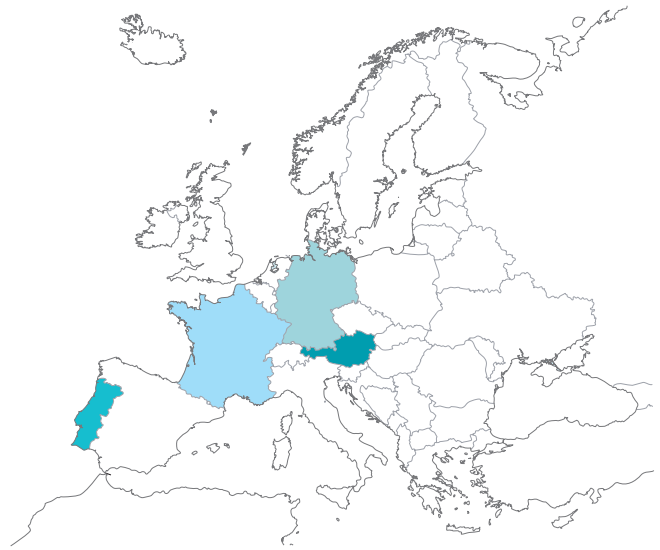
- Nationale Politikansätze für ländliche Regionen verstehen
- Strategische lokale Verantwortungsgemeinschaften aufbauen
- Digitalisierung als Chance nutzen
- Ländliche Mobilität gemeinsam gestalten

Zugleich wurde in den drei deutschen Partnerregionen die Umsetzung von regionalen Maßnahmen durch Modellvorhaben der Raumentwicklung (MORO) gefördert. Das Spektrum der Maßnahmen reichte dabei von der Analyse zentralörtlicher Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge über die Förderung informeller Kooperationsstrukturen und Netzwerke bis zur Unterstützung des Aufbaus digitaler Angebote und Plattformen. Ein wichtiges Anliegen war es dabei, den fachübergreifenden Dialog zu fördern, um die Ergebnisse und Erkenntnisse der Pilotaktion auch für übergeordnete Politiken, Pläne und Programme nutzbar zu machen.

„Interkommunale Zusammenarbeit gehört zum Kern unserer Aktivitäten. Eine gemeinsame Strategie und das Wissen über bestehende und künftige Kooperationen, wie zum Beispiel in den Bereichen Kinderbetreuung, Pflege und Betreuung älterer Menschen, Finanzverwaltung, Archiv, Kultur und Öffentlichkeitsarbeit stellen eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit dar. Gleichzeitig besteht eine große Herausforderung darin, alle relevanten Interessengruppen einzubeziehen.“

Florian Kasseroler,
Obmann Regio Walgau

Nationale Politikansätze für ländliche Regionen verstehen



Die Verteilung von Zuständigkeiten und Kompetenzen in Planungs- und Governance-Prozessen ist in Europa sehr heterogen. Unabhängig von einem zentralisierten oder föderalen Staatssystem spielen jedoch nationale Politiken, Programme und Initiativen eine wichtige Rolle. Sie sind gefordert, Anreize für eine Veränderung lokaler Governance-Prozesse zu schaffen, Bottom-up-Initiativen zu unterstützen und zur Befähigung lokaler Akteure, die den Wandel aktiv gestalten, beizutragen. Ein gut ineinandergreifendes und abgestimmtes Multi-Level-Governance System zwischen nationalen, regionalen und kommunalen Maßnahmen ist insofern ein Grundpfeiler für transformative Prozesse.

Frankreich: Dezentralisierung und Verträge zwischen nationalen und regionalen Verwaltungen



In Frankreich hat es Verschiebungen von einer sehr zentralisierten Verwaltung hin zu einem stärker dezentralisierten System gegeben. Obwohl die Zuständigkeiten für die regionale Entwicklung hauptsächlich auf regionaler Ebene liegen, ist der Staat durch die Koordinierung der sektoralen Dienststellen der nationalen Ministerien weiterhin sehr präsent. Diese Koordinierung erfolgt hauptsächlich durch mehrstufige und langfristige Verträge zwischen nationalen

und regionalen Verwaltungen, die mehrere sektorale Strategien abdecken können. Damit soll es gelingen, nationale sektorale Politiken so zu steuern, dass diese den regionalen Gegebenheiten entsprechen. In den letzten Jahren sind zudem Beteiligungs- und Dialogprozesse stärker in den Vordergrund gerückt, zusammen mit technischer Unterstützung bei der Analyse und der Zusammenarbeit auf interkommunaler Ebene. Um erfolgreich umgesetzt werden zu können, erfordert dieser Ansatz adäquate Kapazitäten auf lokaler Ebene, die entsprechend gefördert und aufgebaut werden.



Österreich: Stärkung der Multi-Level-Governance mit einer vermittelnden Rolle der nationalen Ebene

In Österreich verfolgt die nationale Ebene das Ziel, Akteure und Institutionen auf regionaler und lokaler Ebene zum Handeln zu befähigen, Kapazitäten im föderalen Kontext zu stärken und auf lokaler Ebene interkommunale Partnerschaften zu etablieren. Zentrale nationale Förderprogramme, zum Beispiel zur Klimaanpassung, fördern zunehmend auch den Aufbau lokaler Akteursstrukturen, um strategische Ziele umsetzen zu können. Im Rahmen des Nationalen Raumentwicklungskonzepts wurden bereits vor vielen Jahren Partnerschaften etabliert, die verschiedene Stakeholder aus Verwaltung, Wissenschaft und Wirtschaft in thematischen Dialogformaten miteinander vernetzen. Auch bei diesem Ansatz agiert die nationale Ebene vor allem als Vermittler, um Transformationsprozesse anzuregen und zugleich breit zu verankern.

Portugal: Förderung der Interaktion zwischen Regierungs- und Verwaltungsebenen und Interessengruppen



Portugal konzentriert sich insbesondere auf die Umsetzung der Ziele des Europäischen Pakts für den ländlichen Raum („Rural Pact“) und die Förderung der Interaktion zwischen Regierungs- und Verwaltungsebenen sowie Interessengruppen für die ländliche Entwicklung. Im Rahmen des Nationalen Programms für Raumordnungspolitik gibt es eine sektorübergreifende Arbeitsplattform, an der alle Ministerien beteiligt sind, die für Modellstrategien für strukturschwache Regionen zuständig sind. Ziel ist die Entwicklung einer langfristigen Vision für ländliche Regionen und ein bleibendes Engagement der einzelnen Sektoren auf Grundlage ortsbezogener Konzepte. Das Nationale Programm für Raumordnungspolitik sieht außerdem eine neue Initiative für ein innovatives Raumplanungsverfahren vor, das lokale und regionale Akteure einbezieht, die ihr

Fachwissen in den Prozess einbringen. Der Fokus liegt auf sozioökonomischen Themen, mit dem Ziel die Herausforderungen für strukturschwache Regionen zu bewältigen. Die Multi-Level-Governance, bei der die Rolle des Kapazitätsaufbaus in den Gemeinden im Vordergrund steht, ermöglicht die Stärkung der Resilienz ländlicher Regionen.

Deutschland: Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse



Um der Herausforderung regionaler Ungleichheiten zu begegnen, hat die deutsche Bundesregierung im Jahr 2018 die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ ins Leben gerufen. Ziel war es, Maßnahmen zu definieren, die zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen. In der Kommission waren alle Bundesministerien sowie regionale und lokale Akteure vertreten. Zu ihren Ergebnissen gehört ein umfassender Datenpool an Struktur- und Raumdaten, der als wichtige Arbeitsgrundlage dient. Zudem wurde ein bundesweites Fördersystem für strukturschwache Regionen und ein rechtliches Instrument zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse entwickelt. Neben einem Katalog an vereinbarten Zielen und Einzelmaßnahmen führte die Kommission zu einer stärkeren Anerkennung einer effektiven Multi-Level-Governance und einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit. Auch nach dem Ende der Arbeit der Kommission fließen ihre Empfehlungen weiterhin in politische Diskussionen und die Entwicklung von Förderprogrammen ein. Das Projekt Better Promote etwa entwickelte Ansätze für eine stärkere Serviceorientierung in Regionalförderprogrammen. Ziel war es zu untersuchen, wie die Umsetzenden von Ideen in ländlichen und strukturschwachen Räumen bei der Nutzung von Förderangeboten bestmöglich unterstützt werden können. Das Projekt verfolgte einen integrierten Ansatz, der die Zusammenarbeit über Ressorts, Ebenen und Institutionen hinweg beleuchtete.

Vielfältige ländliche Regionen: Die proaktive Partnerschaft der Pilotaktion

Neue Impulse für die Daseinsvorsorge durch strukturierte Dialoge im Landkreis Görlitz (Deutschland)

Die Modellregion Görlitz ist ein kleinteilig strukturierter, ländlich geprägter Raum im Osten Deutschlands. Dieser besteht aus lokalen Zentren, aber auch dünn besiedelten kleineren Gemeinden in peripherer Lage. Viele der Herausforderungen des Landkreises stehen somit im Zusammenhang mit der Sicherstellung der Daseinsvorsorge in Be-

reichen wie Mobilität, Nahversorgung, Erreichbarkeit und Landlogistik. Um diese Aufgaben besser bewerkstelligen zu können, setzt der Landkreis auf strukturierte Dialoge mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sowie auf kooperative Prozesse mit den Kommunen. Im Rahmen der Pilotaktion wurden in der Gemeinde Boxberg/O.L., die durch eine große räumliche Ausdehnung und viele kleine Ortsteile gekennzeichnet ist, kooperative Prozesse etabliert. Dadurch wurden lokale Initiativen in den Bereichen Mobilität und Nahversorgung durch Workshops, gutachterliche Untersuchungen und aktive Netzwerkarbeit befördert. Unterstützt wurde dies durch die Errichtung einer neuen Kompetenzstelle im Landkreisamt in Görlitz in Form einer Stabsstelle, in der fach- und dezernatsübergreifend gearbeitet wird. Die Arbeitsweise der Kompetenzstelle und das zugrundeliegende Selbstverständnis des Landkreises als aktiver Koordinator der kooperativen Kreisentwicklung wurden während der Umsetzung der Pilotaktion erprobt und institutionalisiert.



Findlingspark Nochten im Landkreis Görlitz



Region Walgau

Interkommunale Kooperation als Instrument für die gemeinsame Entwicklung in der Region Walgau (Österreich)

Die Region Walgau ist eine wirtschaftlich solide Region im Westen Österreichs, die durch eine heterogene Siedlungsstruktur gekennzeichnet ist und sowohl Industriegebiete als auch kleinteilige und teils peripher gelegene Dorfstrukturen aufweist. Um die interkommunale Kooperation der Gemeinden im Walgau zu stärken, wurde im Jahr 2011 der Verein „Regio Im Walgau“ ins Leben gerufen. Die Regio umfasst heute 14 Gemeinden. Die Zusammenarbeit baut auf einem gemeinsamen Leitbild und einem Regionalen Entwicklungskonzept (REK) auf und geht zugleich weit darüber hinaus. Die unterschiedlichen Kooperationsfelder reichen

von einer gemeinsamen sozialräumlichen Planung über digitales Management, Bürgerservice bis hin zur gemeinsamen Raum- und Verkehrsplanung. Je nach Themenfeld und Bedarf setzen sich die interkommunalen Verbände in immer neuen Konstellationen zusammen, erarbeiten gemeinsame Strategien, führen konkrete Analysen für Kooperationsbedarfe durch, untersetzen diese mit Projekten und orientieren sich an gemeinsamen Leitlinien der Zusammenarbeit. Basierend auf den gemeinsam erarbeiteten Kooperationsplänen werden Maßnahmen auch mit finanzieller Unterstützung der Landesverwaltung umgesetzt. Gemeinsames Ziel ist es, die aktive Partizipation zwischen Akteuren anzustoßen und die kommunale Daseinsvorsorge für eine hohe Lebensqualität für alle Generationen zu sichern.



Region Grand Est

„Dritte Orte“ und Digitalisierung: Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und der digitalen Versorgung in der Region Grand Est (Frankreich)

Die Region Grand Est ist eine großflächige Region mit einer kleinteiligen Siedlungsstruktur im Osten Frankreichs. In der Vergangenheit sind die sozioökonomischen Unterschiede zwischen ländlichen und städtischen Gebieten spürbar gewachsen. Kennzeichnend dafür ist ein Ausdünnen der Angebote der Daseinsvorsorge und ein Attraktivitätsverlust des ländlichen Raumes. Auf der Grundlage von Partnerschaftsvereinbarungen zwischen der Region, Fachministerien und Kommunen wurden für kleine Teilräume daher gezielte Unterstützungsinitiativen ins Leben gerufen, die auch interkommunale Kooperationen initiieren sollen. Besonders aktiv ist die Region im Bereich der Digitalisierung. Da sich für viele

ländliche Gebiete eine privatwirtschaftliche Versorgung mit Breitbandnetzen nicht lohnt, unterstützt die Region mit öffentlichen Mitteln den Aufbau der technischen Infrastruktur. Außerdem bietet die Region Grand Est aktive Hilfestellung für kleine Kommunen bei der Digitalisierung und fördert Modellprojekte, um die digitale und physische Erreichbarkeit ländlicher Gebiete zu erhöhen. Um das Gemeinschaftsgefühl der Menschen auch in den ländlichen Gemeinden zu stärken, Ideen zu entwickeln und das Handlungspotential der lokalen Akteure zu aktivieren, unterstützt die Region Grand Est zudem ein Netzwerk zur Errichtung sogenannter „Dritter Orte“ des Gemeinschaftslebens. Dabei wirken nationale und regionale Förderung eng zusammen, indem die Sichtbarkeit des Netzwerks und die Vernetzung der Akteure auf regionaler Ebene aktiv unterstützt und befördert werden.

Perspektiven für Grundzentren und ländliche Räume in der Planungsregion Rostock (Deutschland)

Die Planungsregion Rostock im Norden Deutschlands umfasst neben strukturschwachen Regionen auch starke Wachstumszentren wie die Hansestadt Rostock. Der Schwerpunkt im Rahmen der Pilotaktion lag auf der Prognose der Bevölkerungs- und Wohnungsnachfrageentwicklung in der Planungsregion und einer umfassenden Evaluierung der Grundzentren, deren Ergebnisse in die Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms eingehen. Dabei zeigte sich, dass reine Wirtschafts- und Bevölkerungszahlen als Grundlage für die Festlegung von Grundzentren im ländlichen Raum nicht mehr ausreichen. Vielmehr muss auch aufge-

zeigt werden, welche Funktionen und Aufgaben die Grundzentren für ihren jeweiligen Verflechtungsbereich übernehmen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Unterstützung des interkommunalen Austauschs und der Einführung digitaler Anwendungen in der Stadt Krakow am See im Rahmen eines lokalen Modellvorhabens, das aus Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern finanziert wurde. Hier zeigte sich, wie wichtig engagierte und überzeugte Personen vor Ort sind, um Digitalisierungsprojekte im ländlichen Raum erfolgreich umzusetzen. Über die Laufzeit der Pilotaktion hinweg erfolgte außerdem ein regelmäßiger Austausch zur Landesinitiative „Ländliche Gestaltungsräume“, durch die innovative, modellhafte Lösungsansätze im Bereich der Daseinsvorsorge intensiv begleitet und unterstützt werden.

Region Rostock



Multi-Level-Governance für Bildung und Digitalisierung in der Region Alentejo (Portugal)

Die Region Alentejo im Süden Portugals ist eines der am dünnsten besiedelten Gebiete des Landes. Eine besondere Herausforderung für die Region besteht im demografischen Wandel mit einem spürbaren Bevölkerungsrückgang in ländlichen Gemeinden. Daher ist es ein zentrales Anliegen der Region, Projekte und Initiativen zu entwickeln, die besonders der jungen Bevölkerung neue Perspektiven bieten. Ein Schwerpunkt ist die Umsetzung einer kohärenten digitalen Agenda für die Region. Diese umfasst die Modernisierung und Digitalisierung der regionalen und lokalen öffentlichen Verwaltung, die Sicherstellung grundlegender digitaler Fähigkeiten der Angestellten und der lokalen Bevölkerung sowie die Unterstützung der lokalen und

regionalen Wirtschaft bei der Digitalisierung. Ein weiterer Schwerpunkt ist im Bereich Bildung, um sicherzustellen, dass auch in dünnbesiedelten und schrumpfenden Gebieten gleichwertige Bildungschancen gewährleistet werden. Im Rahmen einer OECD-Studie wurden dazu konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet und in die Pilotaktion eingebracht. Festgestellte Defizite z. B. im Bereich digitaler Kenntnisse und der Mobilität und der Unterbringung von Schülerinnen und Schülern sollen durch gemeindeübergreifende Kooperationskonzepte ausgeglichen werden. Die jeweiligen Verantwortungsbereiche sind bislang allerdings auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen angesiedelt. Damit einzelne Maßnahmen und Initiativen dennoch effektiv umgesetzt werden können, ist ein gutes Zusammenspiel der unterschiedlichen administrativen Ebenen von großer Bedeutung.



Region Alentejo

„Die digitale Agenda Alentejos ist eine strategische Mission für die Entwicklung des digitalen und technologischen Ökosystems der Gesellschaft und der Unternehmen als Hebel für die regionale Entwicklung des Gebiets, die auf nachhaltige Weise in Symbiose mit den Traditionen, dem kulturellen und natürlichen Erbe, das Alentejo auszeichnet, integriert wird.“

Carmen Carvalheira,
Vizepräsidentin CCDR Alentejo,
Portugal



Stadt Schleswig im Landkreis Schleswig-Flensburg

Neue Wege in der Gesundheitsversorgung und der Mobilität im Landkreis Schleswig-Flensburg (Deutschland)

Durch den Landkreis Schleswig-Flensburg im Norden Deutschlands wurde im Rahmen der Pilotaktion eine Studie zur gesundheitlichen Versorgungssituation erstellt, die es auf der Grundlage einer Analyse von Erreichbarkeiten und der Verfügbarkeit von Angeboten im Bereich des Gesundheitswesens erlaubt, frühzeitig und vorausschauend räumliche Versorgungslücken zu identifizieren. Darauf aufbauend wurde ein Impulspapier zur zukunftsfesten Gesundheitsversorgung im Landkreis erarbeitet, das aufzeigt, welche Handlungsmöglichkeiten – auch unter Einbezug digitaler Angebote – bestehen, um die gesundheitliche Versorgung auch zukünftig dauerhaft und in hoher Qualität sicherzustellen. Ziel beider Papiere ist es, aus Perspektive der Re-

gionalentwicklung die Diskussionen der Akteure im Gesundheitsbereich durch passgenaue Entscheidungshilfen zu unterstützen und weitere Handlungsschritte und Umsetzungsvorhaben auf den Weg zu bringen – wie z. B. die Schaffung eines „Gesundheitskiosks“ als neuartige gesundheitliche und soziale Infrastruktur, die die Versorgung im dünnbesiedelten Raum verbessern könnte. Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten war die Entwicklung von Grundlagen für ein Mobilitätsportal, das sowohl eine intermodale Reiseplanung ermöglicht als auch Informationen zu lokalen Angeboten und Dienstleistungen enthält. Eine besondere Herausforderung ist dabei die Integration mit übergeordneten Plattformen und Informationsangeboten, damit perspektivisch die gesamte Reisekette von den urbanen Zentren bis in die ländlichen Räume zuverlässig abgedeckt werden kann.

*Ländliche
Regionen
gestalten ihre
Zukunft*



Entwicklungen des demografischen Wandels und strukturelle Veränderungsprozesse im ländlichen Raum erfordern die flexible Anpassung von lokalen Steuerungs- und Versorgungsstrukturen. Diese Anpassung gelingt, wenn damit auch ein positiver Wandel des Selbstverständnisses von „benachteiligten“ oder „abgehängten“ hin zu „proaktiven“ Regionen verbunden ist. Der Begriff proaktive Region wurde von Jens Südekum geprägt und soll zum Ausdruck bringen, dass strukturschwache und ländliche Räume transformative Potenziale besitzen, die es zu aktivieren gilt.

Die Fähigkeit zur Transformation des ländlichen Raumes entspricht der Idee einer „resilienten“ Entwicklung von Regionen. Resilienz kann im Sinne einer stabilen, dauerhaften Anpassungsfähigkeit verstanden werden, um den Status Quo langfristig zu sichern. In seinem ursprünglichen Sinne umschreibt der Begriff die Robustheit und Widerstandsfähigkeit gegenüber den Auswirkungen von externen und krisenhaften Ereignissen. Neben plötzlich auftretenden disruptiven Ereignissen schließt der Resilienzansatz dabei auch langfristige transformative Prozesse etwa im Zusammenhang mit einem regional stark ausgeprägten demografischen Wandel oder dem wirtschaftlichen Umbau ganzer Regionen ein. Die Resilienzdiskussion kann daher auch neue Denkmuster ermöglichen, um Veränderungsprozesse in strukturschwachen ländlichen Regionen jenseits überkommener Entwicklungsmodelle aktiv zu gestalten.



RESILIENZ

Neben der Widerstandsfähigkeit gegenüber disruptiven Ereignissen schließt der Resilienzansatz auch langfristige transformative Prozesse ein, etwa im Zusammenhang mit einem regional stark ausgeprägten demografischen Wandel oder dem wirtschaftlichen Umbau ganzer Regionen.

Flexible und anpassungsfähige Konzepte der Daseinsvorsorge entwickeln

Um attraktive Angebote der Daseinsvorsorge langfristig aufrecht erhalten zu können, ist es entscheidend, dass Modelle und Konzepte in Planung und Verwaltung flexibel lokale Bedarfe und Akteure berücksichtigen.

Lokale Verantwortungsgemeinschaften sind wichtige Akteure der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum. Solche Gemeinschaften können durch dynamisches, proaktives Handeln die transformative Kraft ländlicher Regionen aktivieren und zugleich zur Schaffung eines positiven „Wir-Gefühls“ beitragen. Dabei muss die öffentliche Hand weiterhin die Verantwortung für zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge tragen, um ihrer Steuerungs- und Lenkungsfunktion nachkommen zu können. Kommunen, Landkreise und Regionen können durch Moderation, Vernetzung und Förderung den Aufbau von Verantwortungsgemeinschaften unterstützen.

Auch eine strukturierte interkommunale Kooperation ist ein entscheidender Erfolgsfaktor in strukturschwachen und dünn besiedelten Regionen. Durch eine Bündelung von Kapazitäten durch interkommunale Zusammenschlüsse, die Einbindung von Fachagenturen, gemeinnützigen Vereinen sowie lokalen Akteursgruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft und unterstützt durch digitale Prozesse, kann es gelingen, funktionierende und bedarfsgerechte Systeme der Daseinsvorsorge effizient zu gestalten.

Um erfolgreiche Verantwortungsgemeinschaften und Kooperationen zu ermöglichen, können verbesserte Kompetenzzuschnitte im Subsidiaritätsgefüge eine wichtige Stellschraube sein. Dezentrale Verantwortlichkeiten können die Passgenauigkeit von Dienstleistungen im Hinblick auf die lokalen Bedarfe erhöhen. Gleichzeitig kann es nötig sein, lokale und regionale Kooperationsprozesse anzupassen oder zu erneuern.

Nachfolgend werden ausgewählte Handlungsfelder vorgestellt, die im Rahmen der Pilotaktion „A future for lagging regions“ vertieft bearbeitet wurden und Impulse für eine kooperative Regionalentwicklung bieten.

Handlungsansätze: Strategische lokale Verantwortungsgemeinschaften aufbauen

Eine der großen Herausforderungen aller Regionen, die an der Pilotaktion beteiligt waren, ist es, Arbeitsstrukturen zu etablieren, um Kapazitäts- und Kompetenzengpässe auszugleichen, effizientere Verwaltungsstrukturen aufzubauen, und gleichzeitig eine Verzahnung mit unterschiedlichen Akteursgruppen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu erreichen. Der Aufbau lokaler und regionaler Verantwortungsgemeinschaften, die durch öffentliche Akteure koordiniert und initiiert werden, zählt zu den Schlüsselaufgaben für eine zukunftsfähige und resiliente Entwicklung ländlicher Räume.

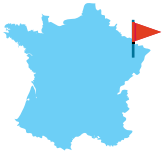
Bei der Erarbeitung integrierter Strategie- und Planungskonzepte ist eine aktive Koordination verschiedener sektoraler Abteilungen und Interessengruppen gefragt. Die Definition konkreter Problemlagen und die Ausarbeitung von Strategien, die sich auf lokale Herausforderungen beziehen, erfordern zielgerichtete Prozesse der aktiven Steuerung.



Gemeinsame Strategie- und Planungsprozesse



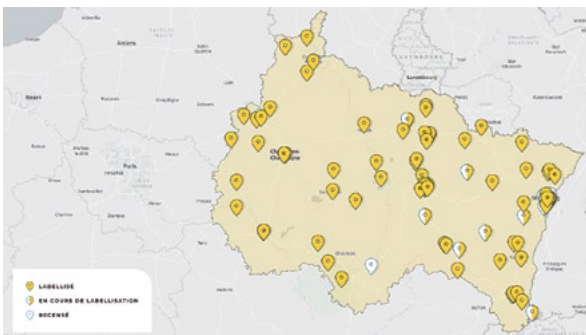
Die Erarbeitung integrierter Strategie- und Planungskonzepte ist ein fundamentales Instrument, um im Rahmen der Raumentwicklung die ortsspezifischen Entwicklungsziele abzubilden. Neben formalen Planungsverfahren ermöglichen informelle Strategieprozesse, besondere Herausforderungen in der Daseinsvorsorge für Teilgebiete oder bestimmte Zielgruppen abzubilden. Dazu zählen beispielsweise regionale Entwicklungskonzepte, interkommunale Partnerschaften, kommunale Verbände, informelle Leitbilder oder lokale Netzwerke. Zentral ist dabei eine eigenverantwortliche Selbstbindung der beteiligten lokalen und regionalen Akteure. Es gilt, die lokale Bevölkerung und Institutionen vor Ort für Herausforderungen zu sensibilisieren und für gemeinsame Lösungswege zu mobilisieren, aber auch vorhandene Verwaltungs- und Arbeitsstrukturen anzupassen. Handlungsfähige Gemeinschaften in strukturschwachen Regionen müssen aktiv aufgebaut, gefördert und befähigt werden.



Region Grand Est: Regionale Unterstützung für das Konzept der „Dritten Orte“

Ein erfolgversprechender und niederschwelliger Ansatz für das lokale Community-Building ist das Konzept der „Dritten Orte“, das erstmals Ende der 1980er Jahre vom Stadtsoziologen Ray Oldenburg eingeführt wurde. Das Konzept umfasst drei Kategorien von Räumen. Der erste Ort hat Wohncharakter und bezieht sich auf das Zuhause einer Person. Der zweite Ort ist der Arbeitsplatz, an dem eine Person einen großen Teil ihres Lebens verbringt. Der „Dritte Ort“ hingegen ist auf die Interaktion mit anderen Personen und den Aufbau eines Gemeinschaftsgefühls ausgerichtet. Diese Orte werden als Anker des Gemeinschaftslebens begriffen. Dabei sind folgende Grundvoraussetzungen zu beachten:

- Um eine gleichberechtigte Zugänglichkeit und Nutzung eines „Dritten Ortes“ zu ermöglichen, sollte es sich um einen neutralen Ort handeln, der leicht zu erreichen ist.
- Ein „Dritter Ort“ muss niederschwellig zugänglich, für alle Gesellschaftsschichten hierarchielos und offen sein und zum Abbau sozialer Unterschiede beitragen.



Karte der „Dritten Orte“ in der Region Grand Est

„Dritte Orte‘ ermöglichen die Entwicklung neuer Arbeitsweisen und lokaler Aktivitäten und tragen zur Schaffung einer Vertrauensbasis bei. Die Region Grand Est unterstützt die Entwicklung von ‚Dritten Orten‘, um besser auf die unterschiedlichen Herausforderungen und Bedürfnisse vor Ort einzugehen.“

Denise Buhl,
Vizepräsidentin der Region Grand Est
der Delegation Gebirge, ländlicher Raum
und lokales Erbe

- Das Konzept der „Dritten Orte“ ist ein ergänzendes Bindeglied, um Menschen zu erreichen, die nicht über institutionalisierte Vereine oder Verbände erreicht werden können.

„Dritte Orte“ können in Bibliotheken, Gemeinderäumen, Parks eingerichtet werden oder als Zwischennutzung von leerstehenden Gebäuden. Sie bieten Raum für Initiativen von Bürgerinnen und Bürgern, Projekte, Fortbildungen oder kulturelle Aktivitäten und können mit lokalen wirtschaftlichen Aktivitäten wie zum Beispiel dem lokalen Handwerk verknüpft werden.



Veranstaltung „Dritte Orte“

Diese Form der lokalen Vernetzung ist insbesondere für dünn besiedelte ländliche Gebiete mit geringen Mobilitätsangeboten und fehlenden öffentlichen Räumen wichtig. In Frankreich wird die Einrichtung „Dritter Orte“ durch verschiedene nationale Förderprogramme unterstützt. Auch die Region Grand Est hat deren Bedeutung erkannt. Um die positiven Impulse für das lokale Community-Building zu befördern, wurde das regionale Kompetenznetzwerk „Reseau des Tiers-Lieu“ zum Erhalt und zur Unterstützung „Dritter Orte“ mit einem eigens geschaffenen Label er-

richtet. Auf diesem Weg werden auf der regionalen Ebene Maßnahmen ergänzt, sodass nationale Förderprogramme eine größere Wirkung entfalten können.

Im Frühjahr 2023 gab es in der Region Grand Est knapp 60 „Dritte Orte“, die sowohl in Städten als auch im ländlichen Raum angesiedelt sind. Über das Netzwerk und Praxisleitfäden wird der Austausch praktischer Erfahrungen und Know-how bezüglich des Erhalts und des dauerhaften Betriebs „Dritter Orte“ unterstützt.



Region Im Walgau: Interkommunale Kooperationen und regionale Fördermechanismen

Aufgrund kleinteiliger Gemeindestrukturen und der zunehmenden Komplexität von Aufgaben der Daseinsvorsorge kommen vor allem kleinere Gemeinden schnell an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Mithilfe eines gemeindeübergreifenden Ansatzes lassen sich viele öffentliche Aufgaben und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger effektiver erfüllen. Die „Regio Im Walgau“ in Österreich praktiziert dies erfolgreich seit 2011 mit 14 Gemeinden. Diese umfassen kleine Dorfstrukturen mit einer Bevölkerung von wenigen 100 Personen bis hin zu größeren Ortschaften mit bis zu 6.500 Personen. Die Trägerschaft erfolgt durch einen eigens zu diesem Zweck gegründeten Verein. Die 14 „Regio-Gemeinden“ haben 2021 einen gemeinsamen Kooperationsplan erarbeitet der je nach Themenfeld unterschiedliche Formate, Rechtsformen und Konstellationen ermöglicht. Thematisch ist die „Regio Im Walgau“ sehr breit aufgestellt. Die Kooperationsfelder reichen

von der Sicherung der kommunalen Infrastruktur über Kultur und Öffentlichkeitsarbeit bis zur Kinderbetreuung. Grundlage für die formulierten Ziele ist ein Regionales Entwicklungskonzept (REK) für den Walgau. Die Zusammenarbeit erfolgt somit auf Grundlage eines strategischen Prozesses mit einer Bedarfsanalyse für neue Projekte und Kooperationsformate.

Finanziell werden die Kooperationsformate durch das Land Vorarlberg unterstützt. Die zugehörige Förderrichtlinie sieht eine Basisförderung für jede Regio in Höhe von jährlich 60.000 Euro vor. Dazu kommen spezifische Zuschläge für die beteiligten Gemeinden. Die Fördervoraussetzung ist die Erstellung gemeinsamer Konzepte, der Aufbau eines kompetenten Regionalmanagements und der Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land Vorarlberg. So soll die regionale Kooperation zwischen den beteiligten Gemeinden gestärkt und die Arbeitsfähigkeit der geförderten Regio langfristig gewährleistet werden.



Landkreis Görlitz: Kompetenzstelle für lokale Initiativen und interkommunale Kooperation

Im Landkreis Görlitz werden seit vielen Jahren Herausforderungen der Daseinsvorsorge wie Mobilität, Versorgung, Erreichbarkeit und Logistik im Rahmen eines strukturierten Dialogs mit relevanten Gemeindeakteuren adressiert. Um besser auf die spezifischen Bedürfnisse von Kommunen einzugehen und lokale Kooperationsprozesse und Strukturen des lokalen Engagements weiter zu unterstützen, wurde innerhalb des Landratsamtes eine neue „Kompetenzstelle“ in Form einer übergreifenden Abteilung für Strukturentwicklung, Wirtschaftsförderung und internationale Beziehungen eingerichtet. Die Abteilung wirkt dezernatsübergreifend und bündelt unterschiedliche Zuständigkeiten und Befugnisse. Sie soll als zentrale Anlaufstelle für Kommunen und Akteure aus der Region dienen und dabei helfen, Projekte und Ideen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Kommunen zur Verbesserung der Daseinsvorsorge in die Umsetzung zu bringen und die dafür benötigte Fachkompetenz zu vermitteln. Die Kompetenzstelle ist Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses als Koordinatorin und Moderatorin der Kreisentwicklung. Im Rahmen der Pilotaktion erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit der Kommune Boxberg/O.L. und dem Verein „Perspektive Boxberg e.V.“

Das Spektrum an neuen Initiativen und Ideen umfasst u.a. Projekte zur Verbesserung der Erreichbarkeit und der Verfügbarkeit lokaler Einrichtungen der Daseinsvorsorge und der Nahversorgung, zur Sicherstellung lokaler bzw. regionaler Wertschöpfungsketten und zur Förderung von Mobilität und Tourismus. Hierfür wurden regelmäßige Abstimmungsrunden mit der „Perspektive Boxberg e.V.“, aber auch mit Fachbehörden, wissenschaftlichen Einrichtungen, Verbänden und weiteren Kommunen durchgeführt. Die Kompetenzstelle dient nicht nur der fachlichen Unterstützung – ein großer Mehrwert besteht auch in der Vernetzung und der Sichtbarkeit gegenüber lokalen Akteuren.

„Mithilfe des kooperativen und interkommunalen Ansatzes und der länderübergreifenden Zusammenarbeit, konnten auch stark ländlich geprägte Kommunen wie die Gemeinde Boxberg/O.L. zu konkreten Herausforderungen Lösungen entwickeln und partizipieren. Durch Bürgerbeteiligung und Unterstützung von Experten ist es gelungen, konkrete Probleme in der Daseinsvorsorge und Mobilität zu definieren und weitere Handlungsschritte abzuleiten.“

Dr. Stephan Meyer,
Landrat des Landkreises Görlitz,
Deutschland

Über die hier vorgestellten Ansätze hinaus war der Aspekt des Zusammenspiels von Verwaltungsebenen und der Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen und privaten Akteuren im Rahmen der Pilotaktion „A future for lagging regions“ für alle beteiligten Regionen von zentraler Bedeutung. Ob bei der Organisation von Bildungsangeboten in der Region Alentejo, der Etablierung digitaler Angebote und Plattfor-

men in der Planungsregion Rostock oder der zukunftsfähigen Ausgestaltung der Gesundheitsversorgung im Landkreis Schleswig-Flensburg – der Aufbau lokaler und regionaler Verantwortungsgemeinschaften, die durch öffentliche Akteure koordiniert und initiiert werden, zählt zu den wichtigsten Stellschrauben für eine zukunftsfähige und resiliente Entwicklung ländlicher Räume.

Lessons learned:



- **Zusammenarbeit erfordert Unterstützung:** Die öffentliche Hand hat viele Möglichkeiten, Kooperationsaktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene zu unterstützen – von der Finanzierung bis zur organisatorischen Unterstützung.
- **Auch niedrigschwellige Maßnahmen haben eine große Hebelwirkung:** Bereits die Bereitstellung leicht zugänglicher Orte der Begegnung nach dem Konzept der „Dritten Orte“ kann Aktivitäten der Zusammenarbeit wirksam anregen.
- **Interkommunale Partnerschaften wirken entlastend:** Insbesondere in dünn besiedelten Regionen mit Kapazitätsengpässen hilft die interkommunale Zusammenarbeit, öffentliche Dienstleistungen in hoher Qualität bereitzustellen
- **Integrierte Herangehensweisen ermöglichen eine bürgernahe Verwaltung:** Die Bündelung von Kompetenzen und Vernetzungsaktivitäten sind insbesondere für lokale Initiativen hilfreich, um deren Sichtbarkeit und Wahrnehmbarkeit zu erhöhen.

Handlungsansätze: Digitalisierung als Chance nutzen



Um digitale Dienste sinnhaft einzusetzen und ortsspezifischen Herausforderungen und Bedarfen gerecht zu werden, ist die Erarbeitung integrierter Digitalstrategien notwendig. Diese müssen wiederum in übergeordnete Strategien und Leitbildprozesse eingebunden werden. Kooperative regionale und überregionale Prozesse sind im Bereich Digitalisierung essenziell, auch um die Bildung lokaler Insellösungen, die nicht miteinander kompatibel sind, zu vermeiden.

Für ländliche und dünn besiedelte Gebiete bedarf es realistischer Erwartungen an digitale Lösungen, sie sind kein Allheilmittel für strukturelle Defizite. Eine unzureichende Anbindung an Zentren oder schwierige sozioökonomische Standortfaktoren können nicht durch digitale Dienste wettgemacht werden. Die Bereitstellung eines flächendeckenden Internetzugangs mit hoher Bandbreite ist nur ein Teilaspekt der Digitalisierung. Viele Jahre Erfahrung aus der Stadtentwicklung zeigen: „Smart Cities“ müssen klug gesteuert werden. Das gleiche gilt auch für das „smarte“ Land – gleichwohl Ansätze aus der Stadtentwicklung nicht einfach auf den ländlichen Raum übertragen werden können.

Digitale Dienste ermöglichen Teilhabe



Digitale Instrumente bieten die Möglichkeit, zu tragfähigen Kosten und unabhängig von der örtlichen Bindung von Anbietern auch in dünn besiedelten Gebieten grundlegende Dienstleistungen der Daseinsvorsorge zu ermöglichen. Der digitale Zugang zu Gesundheitsdiensten, die Organisation flexibler Mobilitätsangebote, der Zugang zu Bildungsangeboten für verschiedene Altersgruppen oder auch die Stärkung des sozialen Zusammenhalts durch innovative Kommunikationsplattformen und Online-Beteiligungsformate sind nur einige Beispiele dafür, wie digitale Dienste die Lebensqualität im ländlichen Raum verbessern können.

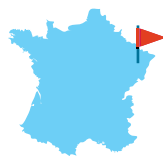
„Die wachsende Digitalisierung in allen Lebensbereichen bietet neue Chancen für den ländlichen Raum. Dieser kann zu einem echten Labor für innovative Infrastrukturen werden. Die schnellen Entwicklungen bringen dabei auch die Notwendigkeit einer Aktualisierung von regionalen Entwicklungs- und Planungsstrategien mit sich.“

Landrat Dr. Wolfgang Buschmann,
Landkreis Schleswig-Flensburg



Landkreis Schleswig-Flensburg: Smart City-Modellprojekt im Amt Süderbrarup

Ein Beispiel, wie im dünn besiedelten Raum eine digitale Strategie aufgestellt und umgesetzt werden kann, bietet das Amt Süderbrarup im Landkreis Schleswig-Flensburg. Es umfasst 13 Gemeinden, ist landwirtschaftlich und touristisch geprägt und wie viele andere ländliche Gemeinden stark vom demografischen Wandel betroffen. Die digitale Strategie des Amtes wurde durch ein breites Beteiligungsverfahren mit verschiedenen Formaten vor Ort erarbeitet. Sie orientiert sich an den Bedürfnissen der lokalen und regionalen Akteure und bindet lokale Umsetzungsexpertise ein. Der integrierte Handlungsansatz umfasst zehn strategische Themenfelder, in die verschiedene Projekte von Bildungsangeboten und Softwarelösungen über den Aufbau eines Digitalzentrums als Makerspace und Smart City Lab bis hin zur Einrichtung eines lokalen On-Demand-Rufbussystems eingebettet sind. Alle Einzelprojekte wirken auf die Erfüllung übergeordneter Ziele hin. Bei der Erarbeitung von Lösungsansätzen wurden dabei explizit Ansätze berücksichtigt, die anderenorts bereits erfolgreich getestet wurden und perspektivisch auf andere Kommunen übertragbar sind.



Region Grand Est: Regionale Impulse für die Digitalisierung kleinerer Gemeinden

Kleinere ländliche Gemeinden und Kommunen mit geringem Fachpersonal kann eine digitale Transformation in der Gemeindeverwaltung mit der Bereitstellung digitaler Dienstleistungen schnell überfordern. Eine Begleitung und Coaching durch übergeordnete Initiativen oder Behörden stellen hierbei eine wichtige Unterstützung da. Eine aktive Unterstützung bei der digitalen Transformation im ländlichen Raum bietet beispielsweise die Region Grand Est in Frankreich. Diese umfasst etwa 10 Prozent aller Gemeinden Frankreichs, von denen viele in ländlichen Gebieten liegen. Defizite bestanden vor allem beim Ausbau der digitalen Infrastruktur durch private Investoren. Der Grund dafür ist die geringe Dichte der Haushalte, die zu vergleichsweise höheren Kosten bei der Infrastrukturentwicklung führt.



Verlegung von Glasfaserkabel

Um die Digitalisierung jedoch auch in den ländlichen Regionen zu unterstützen, investierte die Region auch mittels öffentlicher Gelder in den Infrastrukturausbau von Glasfasernetzen mit bis zu 35 Prozent der Gesamtkosten aus Landesmitteln. Bereits 2019 verfügten somit ein großer Teil der ländlichen Gemeinden über eine ausreichend große Bandbreite.

Neben der physischen Infrastruktur hat die Region Grand Est Unterstützungsmaßnahmen für lokale Behörden und Kommunen eingeführt. Mit dem Ziel, eine funktionierende digitale Gemeindeverwaltung zu etablieren, erhielten ausgewählte Pilotgemeinden eine grundlegende Hilfe bei der Konzeption, Bedarfsanalyse und Einrichtung der digitalen Onlinedienste der Gemeinden durch die Region. Eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger war ein fester Bestandteil des Prozesses, etwa über das Angebot von digitalen Fortbildungsmaßnahmen. Damit soll gewährleistet werden, dass Digitalisierung ein integrativer Prozess auch für kleinere Gemeinden sein kann. Damit die Region aktiv werden kann, bedarf es jedoch den Willen der Gemeinde sowie lokale Initiativen und erste Konzepte, auf denen aufgebaut werden kann.



Das Land Vorarlberg: Digitalisierung der Verwaltung

Im Land Vorarlberg gibt es mit dem Vorarlberger Gemeindeverband eine Interessenvertretung, die 96 Kommunen miteinander vernetzt und verschiedene Beratungs- und Kooperationsaufgaben wahrnimmt. Gemeinsam mit der Landesverwaltung hat der Gemeindeverband Vorarlberg eine Strategie entwickelt, um die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung organisationsübergreifend voranzutreiben und interkommunale Kooperation anzuregen. Zu den wesentlichen Aspekten dieser Strategie gehören beispielsweise ein Konzept zum Wissens- und Datenmanagement und die Unterstützung der Kommunen beim Aufbau, der Beschaffung und der Betreuung ihrer IT-Infrastruktur.

Zugleich werden Konzepte zur Vereinfachung bürokratischer Verwaltungsabläufe entwickelt und umgesetzt, die die Abwicklung und Erledigung von Verwaltungsvorgängen im Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern erleichtern

sollen. So soll die Mehrfacherfassung von Daten verhindert werden, und es soll ermöglicht werden, dass Verwaltungsleistungen auch antragslos erbracht werden können – unter Beachtung der Regeln des Datenschutzes. Im Ergebnis der gemeinsamen Digitalisierungsstrategie konnten ein Service-Portal für Bürgerinnen und Bürger sowie eine organisationsübergreifende Intranet-Plattform eingerichtet werden. Darüber hinaus wurden auf diesem Weg viele weitere interkommunale Kooperationen angeregt, zum Beispiel in

den Bereichen Finanzmanagement und Personaladministration. Das Beispiel Vorarlbergs zeigt, dass gerade für kleinere Verwaltungen die Aufgabenunterstützung durch zwischengeschaltete Stellen wie Gemeindeverbände dazu beitragen können, Innovationen voranzutreiben – und im Ergebnis können zugleich neue Kapazitäten für wichtige Bürgerdienste geschaffen werden, wie etwa für die Gemeindegemeinschaften und die Ehrenamtsförderung.

Lessons learned:



- **Klare Ziele ermöglichen strategisches Handeln:** Vor der Umsetzung von digitalen Maßnahmen sollte genau geklärt werden, welche Bedarfe adressiert werden sollen. Welche digitalen Angebote bestehen bereits, wo gibt es Optimierungsbedarf? Wo bestehen Defizite, und welche Alternativen und Handlungsmöglichkeiten gibt es, um diese zu beseitigen?
- **Funktionale Verflechtungen beachten, Insellösungen vermeiden:** Digitale Lösungsansätze, müssen die Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort widerspiegeln. Enden diese an den administrativen Grenzen können diese für Nutzerinnen und Nutzer uninteressant werden.
- **Neue Verbünde und Kooperationen aufbauen:** Die Umsetzung digitaler Strategien macht nicht an institutionellen und administrativen Grenzen halt – lokale Akteure sowie Nutzerinnen und Nutzer müssen zusammenwirken, um digitale Verantwortungsgemeinschaften zu bilden.
- **Digitalisierung als gemeinsamen Lernprozess verstehen:** Digitale Tools verändern viele Abläufe und Prozesse und eröffnen Chancen für neue Kooperationen. Wenn kommunale Akteure und Entscheidungsträger, zivilgesellschaftliche Akteure und Nutzerinnen und Nutzer eng zusammenwirken und voneinander lernen, kann der Nutzen der Digitalisierung weiter vergrößert werden.

Handlungsansätze: Ländliche Mobilität gemeinsam gestalten

Mobilität bedeutet Zugang zu Arbeit, zu Schule und Bildungseinrichtungen, zur täglichen Versorgung, zu sozialen Diensten, zu Reise- und Freizeitmöglichkeiten, zu sozialen Kontakten und zu Informationen – sie spielt daher eine entscheidende Rolle für soziale Teilhabe und Interaktion. Der Aufbau neuer, langfristig tragfähiger Mobilitätsstrukturen für alle Bürgerinnen und Bürger ist eine wichtige Aufgabe für lokale und regionale Gebietskörperschaften.

Kommunales Mobilitätsmanagement kann dabei helfen, die Anforderungen und Interessen verschiedener Akteure zu koordinieren und auszugleichen. Es kann dazu beitragen, neue Allianzen für Erreichbarkeit und Mobilität im ländlichen Raum zu bilden und die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren fördern. Durch solche Kooperationen und Netzwerke können Synergieeffekte sinnvoll genutzt werden, und neue und vielleicht ungewöhnliche Partnerschaften können – unter Berücksichtigung der lokalen Gegebenheiten – nachhaltige Veränderungen bewirken.



Kleinteilige Siedlungsstrukturen als Herausforderung



Die Bereitstellung von Mobilität stellt viele Regionen im ländlichen Raum vor große Herausforderungen. Aufgrund kleinteiliger Siedlungsstrukturen und geringer Bevölkerungsdichte reicht die Nachfrage oftmals nicht aus, um qualitativ hochwertige Angebote im öffentlichen Personennahverkehr realisieren zu können. Die Herausforderung liegt darin, wirtschaftlich tragfähige und bedarfsgerechte öffentliche Mobilitätsangebote zu entwickeln. Bevölkerungsrückgang und Alterung führt gleichzeitig zur weiteren Zentralisierung von Dienstleistungen und Infrastrukturen. Die Abhängigkeit vom privaten Pkw ist in der Folge sehr hoch – was auch Ergebnis eines Mobilitätsparadigmas ist, das seit Jahrzehnten auf individuelle Mobilität und den Ausbau einer entsprechenden (Straßen-) Infrastruktur ausgerichtet ist.

Zukunftsorientierte Mobilitätsmodelle sind bedarfsorientiert

Ein öffentlicher Nahverkehr mit festgelegten Streckenführungen und Fahrplänen, der häufig auch noch auf den Schülerverkehr ausgerichtet ist, wird den Mobilitätsbedürfnissen der Menschen in ländlichen Regionen oftmals nicht gerecht. Planungen für neue Angebote müssen sich an den tatsächlichen Anforderungen der Menschen orientieren und die spezifischen Bedürfnisse verschiedener sozialer Gruppen wie älterer Menschen, Kinder und Jugendlicher berücksichtigen.

Es gibt für die Organisation des Verkehrs in ländlichen Gebieten mit geringer Nachfrage bereits eine Vielzahl von Lösungen, die klassische Angebote des öffentlichen Verkehrs ergänzen und teilweise auch ersetzen können. Dabei sind erfolgreich etablierte Mobilitätsmodelle in einer Region nicht automatisch auch in anderen Regionen erfolgreich.

Um passende Angebote zu schaffen, ist es wichtig zu verstehen, welche Vorbehalte vor Ort gegebenenfalls vorhanden sind. Manchmal sind die Gründe nicht auf den ersten Blick ersichtlich – ältere Menschen zögern vielleicht, einen Bus für

eine persönliche Fahrt anzufordern, für andere ist vielleicht das Auto nach Abwägung individueller Vor- und Nachteile weiterhin die bessere Wahl. Auch negative Erfahrungsberichte helfen herauszufinden, ob die Bedürfnisse der Menschen möglicherweise missverstanden werden, oder ob neben Pull-Faktoren zusätzliche Push-Faktoren, wie weniger oder teurere Parkplätze, erforderlich sind, um das Mobilitätsverhalten nachhaltig zu verändern.

Rufbus- und On-Demand-Systeme als flexible Mobilitätsmodelle

Im Landkreis Rostock, im Landkreis Schleswig-Flensburg und in der Region Alentejo werden mit dem Rufbus Rubi, dem Smarten DorfSHUTTLE und „Transporte a Pedido“ bereits Erfahrungen mit unterschiedlichen Rufbus- und On-Demand-Systemen gesammelt, bei denen individuelle Fahrten mit Kleinbussen angefordert werden können.

Dabei kann es ein Vorteil solcher Dienste im Vergleich zu linien- und fahrplanbasierten Verkehren sein, dass ein Teil der Kosten nur dann anfällt, wenn der Dienst tatsächlich genutzt wird. Allerdings ist auch hier eine Mindestanzahl von Fahrten notwendig, um ein tragfähiges System zu etablieren.

Ein Beispiel ist der Bürgerbus Boxberg im Landkreis Görlitz, der in einer Pilotphase eine feste Route zwischen allen 18 Ortsteilen der Gemeinde und den nächstgelegenen Bahnhöfen bedient hat. Er verkehrte einmal pro Woche als Ergänzung zum regulären Busverkehr mit vier zusätzlichen Buslinien und zwei Kleinbussen, die für die Fahrgäste kostenlos waren. Die Erfahrungen aus der Pilotphase werden genutzt, um Nachfolgeprojekte für lokale Mobilitätsangebote auf den Weg zu bringen.



Smartes DorfSHUTTLE im Landkreis Schleswig-Flensburg



Die Region Alentejo: On-Demand-Service in besonders dünn besiedelter Region

Die Region Alentejo ist ein besonders dünn besiedeltes Gebiet, in dem der Transportbedarf nicht effizient durch öffentliche Linienverkehre mit festen Fahrplänen und Routen gedeckt werden kann. Der On-Demand-Service „Transporte a Pedido“ ergänzt daher die Verkehrsangebote dort, wo sie nicht vorhanden oder unzureichend sind.

Die Fahrtkosten werden zwischen den Gemeinden und den Nutzerinnen und Nutzern aufgeteilt. In einer Pilotphase, an der acht Gemeinden beteiligt sind, basiert das Konzept auf zwei Hauptkomponenten: einer elektronischen Plattform für die Verwaltung und die Routenplanung und einem telefonischen Anmeldungs- und Reservierungsdienst. Die elektronische Plattform verfügt über einen Bereich mit freiem Zugang, dem Front Office, und einen Bereich mit beschränktem Zugang, dem Back Office. Über das Backoffice können die Gemeinden die Strecken, Haltestellen, Fahrpläne und Tarife verwalten und die Nutzung überwachen und damit Daten über Anzahl der Fahrten, Gesamtkilometer und Gesamtkosten sammeln. Über das Frontoffice erhält die Öffentlichkeit Zugang zu Informationen über Strecken, Haltestellen, Fahrpläne und Tarife, Buchungsmodalitäten, häufig gestellte Fragen und andere Informationen. Über den telefonischen Anmeldungs- und Reservierungsdienst, der in der Pilotphase die einzige Möglichkeit der Buchung darstellt, werden alle Buchungsanfragen registriert, geprüft und bestätigt.

Gestaltung Bahnhof in Feldkirch, Vorarlberg



Mobilitätsknotenpunkte als ansprechende öffentliche Orte gestalten

Das Land Vorarlberg setzt auf Gestaltung, Wiedererkennung und Kontinuität, um die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs – und insbesondere des Buslinienverkehrs – zu erhöhen und die Zugänglichkeit der Angebote zu verbessern. Für die Region wurde eine gemeinsame Designsprache entwickelt, um die Identifikation zu erhöhen und die Orientierung zu vereinfachen. Das intuitive Leitsystem besteht aus einer klaren Farbgestaltung für Stadtbusse und überregionale Buslinien, das auch auf die Gestaltung von Haltestellen und Fahrplänen übertragen wurde. So können sowohl Einheimische als auch Gäste sehr einfach erkennen, welche Buslinie sie nutzen müssen, um ihr Ziel zu erreichen.

Ein wichtiger Imagefaktor ist auch die Gestaltung von Bahnhöfen und Haltestellen als Zugangs- und Umsteigepunkte des öffentlichen Verkehrs. So werden im Land Vorarlberg Mobilitätsknotenpunkte an wichtigen ländlichen Bahnhöfen, die das Rückgrat des Mobilitätssystems bilden, als qualitätvolle öffentliche Räume gestaltet. Aspekte der Siedlungsentwicklung und der verschiedenen Mobilitätsarten werden dabei zusammengedacht, um die Menschen zu motivieren, vom Auto auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Bahnhöfe und Haltestellen werden so zu ansprechenden öffentlichen Orten, an denen sich die Menschen wohlfühlen.

Vorarlberger Verkehrsbund, Stadtbus und Landbus





Rikscha Fahrt
RadelohneAlter



Alternative Mobilität durch bürgerschaftliches Engagement

In der „Regio Im Walgau“ wird das Konzept „Radfahren ohne Alter“ umgesetzt. Dabei können ältere Menschen einen kostenlosen Mobilitäts- und Ausflugsservice durch die Mitnahme auf Lastenrädern oder Rikschas in Anspruch nehmen. Der Service wird von einem Netzwerk von Freiwilligen organisiert, wobei die Räder auch für private Fahrten gemietet werden können. Auch

hier waren eine gezielte Ansprache und Kommunikation mit der Zielgruppe notwendig, um sie zu überzeugen, das Angebot zu nutzen. Besonders in den ländlichen Gebieten der Region ist der Dienst inzwischen sehr beliebt, und neue Freundschaften und Netzwerke sind über die Generationen hinweg entstanden. Ältere und weniger mobile Menschen können neben der Erfüllung von Mobilitätsbedürfnissen auf diese Weise die Natur wieder erleben und gewinnen ein großes Stück Lebensqualität zurück.

Lessons learned:



- **Mobilitätsangebote auf Mobilitätsbedürfnisse abstimmen:** Unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen haben unterschiedliche Mobilitätsbedürfnisse. Es lohnt sich, beim Aufbau neuer Mobilitätsangebote genau hinzuschauen und mit Nutzerinnen und Nutzern in einen engen Dialog und Austausch einzutreten.
- **Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen:** Zukunftsfähige Mobilitätsdienste in ländlichen Räumen sind bedarfs- und nachfrageorientiert, digital, vernetzt und datengesteuert. Mobilfunkdaten können eine strategische Mobilitätsplanung unterstützen und dabei helfen, Mobilitätsmuster besser zu verstehen.
- **Mobilität und Raumentwicklung zusammendenken:** Integrierte Handlungsansätze der Mobilitäts- und Siedlungsentwicklung unterstützen die Nutzung öffentlicher Verkehrsangebote, ebenso wie die hochwertige Planung öffentlicher Räume.
- **Ein langer Atem ist wichtig:** Neue Mobilitätsangebote brauchen Zeit, um akzeptiert zu werden. Sie müssen durch aktive Kommunikation und niedrigschwellige Möglichkeiten des Einstiegs unterstützt werden – insbesondere, wenn auch neue Nutzergruppen aktiviert werden sollen.

*Empfehlungen für
eine kooperative
Regionalentwicklung*



Ländliche Regionen, die aufgrund ihrer Lage oder sozioökonomischer und demografischer Transformationsprozesse strukturelle Defizite entwickelt haben, werden oft als „strukturschwach“ oder „benachteiligt“ bezeichnet. In manchen Fällen werden hiermit implizit ein eingeschränkter Handlungsspielraum und ein passives Hinnehmen einer Abwärtsspirale suggeriert. Dieses Narrativ wird durch viele lokale Prozesse und Initiativen widerlegt und zeigt sich daher als unzutreffend und überholt.

Ländliche Regionen der Pilotaktion und darüber hinaus agieren als proaktive Regionen, die über Expertise, Kooperation und Engagement trotz eingeschränkter Ressourcen Vieles voranbringen.

Die Aktivierung der Zivilbevölkerung und stärkere Zusammenarbeit soll dabei nicht die Steuerungs- und Lenkungsfunktion der öffentlichen Hand ersetzen oder die Verantwortung für kommunale Pflichtaufgaben verlagern. Eine kooperative Regionalentwicklung aktiviert und fördert die Kooperation und das Gemeinschaftsgefühl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, bietet Raum für neue Akteurskonstellationen zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und benötigt eine enge Verzahnung der Fachbehörden. Die dadurch erzeugte Dynamik stärkt nicht nur das „Wir-Gefühl“, sondern ermöglicht gleichermaßen eine verbesserte Wahrnehmung lokaler Problemlagen, das Überbrücken von Kapazitätsengpässen und damit eine erleichterte Umsetzung von Maßnahmen zur Sicherung der Daseinsvorsorge. Um diese Prozesse effektiver zu unterstützen, gilt es auch auf staatlicher und regionaler Ebene finanzielle Anreize und administrative, strategische und planerische Rahmenbedingungen zu verbessern. Hierzu hat die Pilotaktion eine Vielzahl von praktischen Ansätzen und Beispielen zusammengebracht, die nachfolgend zu „Lessons learned“ zusammengefasst werden.



EINE KOOPERATIVE REGIONALENTWICKLUNG

... aktiviert und fördert die Kooperation und das Gemeinschaftsgefühl der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

... bietet Raum für neue Akteurskonstellationen zwischen öffentlicher Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

... benötigt eine enge Verzahnung der Fachbehörden.

Beteiligung und Aktivierung der lokalen Bevölkerung

Die lokale Bevölkerung muss in Transformationsprozesse involviert werden, und ihre Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten müssen in Planungen berücksichtigt werden. Dies kann ein langwieriger Prozess sein, der durch Partizipations- und Informationsverfahren realisiert wird. Solche Vernetzungsprozesse sollten in der Entwicklung gemeinsamer informeller Strategien für die Transformation der (Teil-) Region resultieren, um die Entwicklung vor Ort und die Zusammenarbeit aktiv zu anzuleiten:

- **Orte der Begegnung schaffen:** Das Zusammenbringen von Menschen und ihren Ideen braucht Orte, an denen Konzepte aktiv und gemeinschaftlich entwickelt werden können. Die Errichtung und konzeptionelle Beispielung leicht zugänglicher und für alle nutzbarer Orte sollte auch in Förderprogramme auf nationaler oder regionaler Ebene aufgenommen werden.
- **Community Managerinnen und Manager** („Dorfkümmernde“) unterstützen die Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation vor Ort. Als neutrale und vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bilden Sie das vermittelnde Bindeglied zwischen den Anliegen der Menschen vor Ort und zuständigen Behörden, Fachämtern und weiteren Akteuren. Vielerorts werden diese Tätigkeiten ehrenamtlich ausgeführt. Eine langfristige, aber niedrigschwellige Förderung von Community Managerinnen und Managern kann dabei

eine große Hebelwirkung für die Maßnahmenentwicklung zur Daseinsvorsorge vor Ort erzeugen.

- **Kommunikation neuer Maßnahmen:** Die Wissensdefizite oder die Hemmschwelle für die Nutzung neuer Angebote, zum Beispiel für Nahversorgung oder alternative Mobilitätsangebote, ist im ländlichen Raum meist hoch. Angebote müssen daher aktiv in die Nutzung gebracht werden. Dies erfordert Marketing- und Kommunikationsarbeit und ein aktives Zugehen auf Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen oder öffentliche Einrichtungen. Neue Formen der digitalen Kommunikation, wie spezielle Apps oder soziale Medien, bieten hierfür effektive und wichtige Ergänzungen.

„Die Wahrnehmung und Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der Menschen vor Ort sind besonders wichtig. Es braucht unbedingt Akteure, die in den Gemeinden aktiv sind. Die Förderung des Zusammentreffens und des Erfahrungsaustauschs ist ein wichtiger Baustein, den die Regionalplanung zum Beispiel mit dem Instrument der informellen Planung unterstützen kann.“

Sebastian Constien,
Landrat des Landkreises Rostock

Anpassung administrativer Aufgaben, Rollenverständnis und Kapazitäten in der Verwaltung

Die Bewältigung aktueller Herausforderungen und der Wandel zu einer proaktiven Region braucht einen sinnvollen Methoden- und Maßnahmenmix. Die Erarbeitung gemeinsamer Maßnahmen und Strategien für künftige Entwicklungen und die Aktivierung und Zusammenarbeit mit verschiedenen lokalen Akteuren muss auch in Form von interkommunaler Zusammenarbeit erfolgen, um kleinteilige Insellösungen zu vermeiden und Kräfte und Kapazitäten sinnvoll zu bündeln. Um dies zu ermöglichen, bedarf es auf administrativer Ebene der Anpassung von Aufgaben, Rollenverständnis und Kapazitäten:

- **Verwaltungsinterne Bündelung von Ämtern:**

Integrierte Maßnahmen auf lokaler Ebene erfordern die Einbindung verschiedener Ämter und administrativer Ebenen. Um Ideen und Maßnahmen auf lokaler Ebene schneller umsetzen zu können, sollten auch Verwaltungsstrukturen auf überörtlicher Ebene integriert arbeiten (One-Stop Shop). Thematische Kompetenzstellen, in denen bereits eine Vernetzungsarbeit auf Ebene der regionalen und lokalen Verwaltungen erfolgt, erleichtern nicht nur eine schnellere Abstimmung zwischen Fachämtern, sondern können zugleich auch Informationen über Projekte und Fördermöglichkeiten leichter an die Akteure vor Ort übermitteln. Durch feste Ansprechpersonen kann zudem eine bessere Vertrauensbasis aufgebaut werden.

- **Harmonisierung und Ergänzung von administrativen Zuschnitten:** Die Zuständigkeiten für die Sicherung der Daseinsvorsorge sind auf ver-

schiedenen Ebenen klar definiert. In der Praxis führt dies aber auch dazu, dass Synergien nur schwer aktiviert werden können. Übergreifende Datenerhebungen, Bedarfsanalysen o.ä. können synergetische Effekte zwischen den formal zuständigen Stellen erleichtern. Auch in der Förderung bieten sich Möglichkeiten von Synergien. Nicht nur können europäische, nationale und Landesprogramme für investive Maßnahmen gebündelt werden, um ein größeres Projektvolumen zu hebeln. Synergien ergeben sich auch durch das Untersetzen „weicher“ Maßnahmen von nationalen Förderprogrammen, beispielsweise durch regionale Austauschnetzwerke von Antragstellenden oder der fachlichen Unterstützung von Landesebene.

- **In Köpfe investieren:** Eine der größten Herausforderungen für fast alle dünn besiedelten Regionen ist der zunehmende Mangel an qualifiziertem Personal in den öffentlichen Verwaltungen. Für die Sicherung attraktiver Arbeitsplätze bedarf es zunehmend auch regionaler und nationaler Initiativen. Vernetzungs- und Marketinginitiativen zwischen den Orten der Ausbildung und ländlichen Kommunen, die Einbindung regionaler Agenturen und Vernetzungsstellen, Personalaustausch- und Leihprogramme zwischen Verwaltungsmitarbeitenden aus größeren Städten und ländlichen Regionen sind mögliche Maßnahmen, um Defizite zu beheben und junge Absolventinnen und Absolventen gezielt anzusprechen und anzuwerben.

Weiterentwicklung von Planungssystemen

Durch Öffnungs- und Experimentierklauseln oder durch Pilotaktionen und Versuchslabore können Freiräume geschaffen werden, um Innovationen auch auf der Ebene von Planungssystemen zu testen. Innovationen müssen belohnt werden, und es müssen entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Neues auszuprobieren:

- **Mut zu Flexibilität im Planungssystem:** Wenn herkömmliche Instrumente der Planung in der Daseinsvorsorge nicht mehr greifen, um eine aktive Transformation von Regionen zu unterstützen, sollte in der planerischen Praxis eine Flexibilisierung – bis hin zum vorübergehenden Aussetzen – rechtlicher Vorgaben und Regularien in Betracht gezogen werden. Dies gilt beispielsweise für die Definition der Versorgungsfunktionen von Orten, die zum Beispiel der Nahversorgung dienen, und formal nicht vorgesehen sind. Experimentierklauseln können die Umsetzung von Pilotprojekten ermöglichen, die auch mal scheitern dürfen.
- **Anpassen der Planungssysteme an digitale Realität vor Ort:** Planerische Vorgaben auf lokaler oder regionaler Ebene sollten nicht zu Widersprüchen mit den Möglichkeiten der Digitalisierung führen. Dienstleistungen beispielsweise in der Gesundheits- oder Nahversorgung stehen durch die technischen Möglichkeiten nicht mehr ausschließlich in zentralen Orten zur Verfügung. Es sollten auf nationaler und regionaler Ebene digitale Strategien für die räumliche Entwicklung erarbeitet und technische und planerische Standards entwickelt werden, die

lokal angewendet werden können. Ziel sollte es sein, räumlich inkompatible Insellösungen von innovativen Versorgungsangeboten zu verhindern.

- **Datenerhebung für ein besseres Gesamtbild:** Handlungsnotwendigkeiten werden in der Realität nicht immer adäquat wahrgenommen. Um für Defizite in der Daseinsvorsorge zu sensibilisieren, braucht es aktuelle und kleinräumige Daten zum Beispiel zur Bevölkerungs- und Nachfrageentwicklung. Evidenzbasierte Studien und Erhebungen können die Argumentation erleichtern und ein besseres Bild der Ausgangssituation vermitteln, wenn es darum geht, Entscheidungstragende sowie Planerinnen und Planer von konkreten Maßnahmen zu überzeugen. Die Nutzung von Daten ist aber auch eine wichtige Grundlage, um einen Dialog mit der Politik und der Bevölkerung zu beginnen. Dabei ist es hilfreich, wenn die Argumentation nicht nur aus einer bestimmten sektoralen Perspektive (Gesundheit oder Mobilität) gesehen wird, sondern aus einer integrierten Gesamtperspektive, in der das räumliche Zusammenspiel verschiedener Sektoren erfolgt.



Förderprogramme auch für Kommunen mit wenigen Kapazitäten zugänglich machen

Ein wesentliches Merkmal zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit vor Ort ist die zielgerichtete Unterstützung durch Förderprogramme. Neben den thematischen Fördertatbeständen gilt es, insbesondere auch integrierte und ortsbezogene Ansätze zu berücksichtigen. Besonders kleinere Kommunen im ländlichen Raum stehen oftmals einer Vielzahl an investiven Programmen und deren Anforderungen gegenüber, deren strukturelle Voraussetzungen nicht immer erfüllt werden können. Beispielsweise fehlen integrierte Konzepte, die als strategische Fördervoraussetzung vorhanden sein müssen, oder notwendige Akteurskonstellationen existieren noch nicht, oder nur in unzureichendem Maße:

- **Nicht nur investive Maßnahmen, sondern auch Prozesse fördern:** Bereits unkomplizierte und flexible niedrigschwellige Förderangebote können eine Hebelwirkung haben und Kooperationsprozesse in Gang setzen. Für große investive Programme, die auf bestimmte investive Ergebnisindikatoren ausgerichtet sind, fehlt in kleinen Kommunen oftmals die technische Unterstützung. Technische Unterstützung durch vorbereitende Programme, in denen beispielsweise die strategische Erarbeitung integrierter räumlicher Konzepte gefördert wird, ein finanzieller Bonus für problembezogene interkommunale Kooperationen oder die Unterstützung von Abstimmungsprozessen für interkommunale Partnerschaften können gute Anreize für den Aufbau gemeinsamer Prozesse liefern.

- **Enge Vorgaben von Förderlogiken aufbrechen:** Innovative Maßnahme benötigen auch innova-

tive Formen der Finanzierung. Manche Maßnahmen, in denen verschiedene Themen gebündelt werden, entsprechen nicht immer der Förderlogik regionaler oder nationaler Entwicklungsprogramme. Damit diese nicht durch das Raster fallen, gilt es auch auf nationaler oder regionaler Ebene Förderprogramme so auszugestalten, dass auch innovative Maßnahmen, zum Beispiel im Zusammenwirken von Kultur- und Wirtschaftsförderung, unterstützt werden können.

- **Förderprogramme auf überörtlicher Ebene bündeln:** Die Bündelung unterschiedlicher Fördermaßnahmen für Projekte vor Ort erfolgt oftmals auf der lokalen Ebene. Damit verbunden sind jedoch oftmals unterschiedliche Fristen, Prüfanforderungen o. ä., mit denen kleinere Kommunen schnell überfordert sind. Um hier Erleichterungen herbeizuführen, können Förderprogramme bereits auf nationaler oder regionaler Ebene gebündelt werden. Ansätze wie „Das gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen“ haben für mehr Übersichtlichkeit gesorgt, ohne aber zu wesentlichen Vereinfachungen für Nutzerinnen und Nutzer zu führen.

- **Langzeitunterstützung und ortsbezogene Projekte:** Neben kurzfristigen, niedrigschwelligen ad-hoc Maßnahmen gilt es insbesondere auch langfristige Investitionsprogramme und Unterstützungsmaßnahmen anzubieten. Förderprogramme und Maßnahmen, die über mehrere Programmperioden aufeinander aufbauen, bieten den Akteuren vor Ort mehr Planungssicherheit.

*Stärkung der
territorialen
Dimension in
EU-Politik-
ansätzen*



Die Stärkung der Vitalität und der Anpassungsfähigkeit ländlicher Räume an überregionale Entwicklungen und strukturelle Veränderungen ist eine zentrale Aufgabe nicht nur für nationale und regionale Verantwortungstragende. Auch auf europäischer Ebene bedarf es langfristiger Initiativen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die territoriale Kohäsion auf allen Ebenen zu unterstützen.

Die Europäische Kommission hat 2022 im achten Kohäsionsbericht festgestellt, dass sich die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten beschleunigt. Die regionalen Unterschiede innerhalb der wirtschaftlich wachsenden Mitgliedstaaten haben jedoch zugenommen. Diese Entwicklung wird in den kommenden Jahren von einem zunehmenden Alterungsprozess und einer Abnahme der Bevölkerung verstärkt.

Die Ergebnisse der Pilotaktion zeigen, welche Beiträge durch proaktive Regionen geleistet werden können, um die Herausforderungen der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion in der Europäischen Union zu bewältigen, und zum anderen bieten sie eine Vielzahl an Lösungsansätzen, Beispielen und Maßnahmen. Die Unterstützung lokaler Verantwortungsgemeinschaften auf der Grundlage niedrighschwelliger Förderangebote sollte folglich auch in EU-Programmen verstärkt aufgegriffen und in ihrer räumlichen Dimension adäquat berücksichtigt werden.



34 % → 51 %

2020 lebten 34 Prozent der EU-Bevölkerung in einer schrumpfenden Region. Dieser Anteil wird den Projektionen des achten Kohäsionsberichtes zufolge auf 51 Prozent im Jahr 2040 steigen.

Dabei sind vor dem Hintergrund der gemeinsamen Erfahrungen im Rahmen der Pilotaktion „A future for lagging regions“ folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

- Globale wirtschaftliche, gesellschaftliche und ökologische Trends sowie technologische Entwicklungen entfalten für jede Region individuelle Potenziale und Entwicklungen. EU-Förderung muss daher auf unterschiedliche räumliche Komponenten und Faktoren individuell reagieren können. Der Erhalt und die Weiterentwicklung ortsspezifischer Förderansätze sind daher von außerordentlicher Bedeutung, um die jeweiligen besonderen Herausforderungen strukturschwacher ländlicher Regionen richtig abbilden zu können.
- Die strukturelle Entwicklung und die Unterstützung auch kleinräumiger Strukturen der Daseinsvorsorge vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sollten klarer in zukünftigen EU-Förderperioden abgebildet werden. Dabei sollten Förderprioritäten von sektoralen und spezifischen Ansätzen stärker zu integrierten Ansätzen umgestaltet werden. Das raumentwicklungsrelevante politische Ziel 5 „ein bürgernäheres Europa“ der EU-Strukturfonds sollte hierbei auch nach 2027 eine Rolle spielen. Es steht in direktem Bezug zu den Zielen der Territorialen Agenda 2030.
- Entscheidend ist die Kompaktheit und eingespielte Prozesse bestehender Fonds zu erhalten. Eine immer stärkere Diversifizierung der Förderlandschaft in unterschiedliche Förderböden, wie Sonder- und Krisenfonds, führt zur Überforderung besonders kleinere Kommunen. Zielführender wäre eine prozentuale Zweckbindung für räumliche Fragestellungen der bestehenden Fonds.
- Damit der Kohäsionsgedanke europäischer Förderpolitik wirksam gelebt werden kann, müssen auch kleinere Gemeinden mit geringeren Personalkapazitäten in der Lage sein, Förderung zu beantragen und Projekte umzusetzen. Die Förderung von Stadt-Land-Partnerschaften und Ansätzen der interkommunalen Zusammenarbeit hat sich in der Vergangenheit bewährt. Zugleich ist die Förderung interkommunaler Zusammenschlüsse kein Selbstzweck – sie muss auch weiterhin auf klaren Bedarfen und Projekten beruhen.
- Bevor investive Maßnahmen umgesetzt werden können, müssen diese vorbereitet werden. Daher müssen durch EU-Förderung auch nichtinvestive Maßnahmen, wie die Erarbeitung von Strategien und integrierten Entwicklungskonzepten, der Aufbau von Akteursstrukturen und Verantwortungsgemeinschaften abgedeckt werden. Nicht-investive Förderprogramme wie zum Beispiel die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen von Interreg B oder komplementäre nationale Förderprogramme können hier wertvolle Ergänzungen bieten, um den Aufbau aktivierender Maßnahmen und Strukturen auch in ländlichen Gebieten zu unterstützen. Investive und nicht-investive Förderprogramme sollten entsprechend nicht nur thematisch, sondern auch strukturell miteinander verknüpft werden.

Resümee zur Umsetzung der Pilotaktion

Die Pilotaktion erwies sich als hilfreiches Umsetzungsinstrument, um die Ziele der Territorialen Agenda bei Praktikerinnen und Praktikern sowie Entscheidungstragenden auf lokaler und regionaler Ebene zu verankern. Auf diese Weise ist es gelungen, die Sichtbarkeit und Bedeutung der TA 2030 zu erhöhen.

Das Dialogformat auf Augenhöhe mit EU-Kommission, nationalen und regionalen Ministerien, Landkreisen bis hin zur Ebene der Gemeinden und das über mitgliedstaatliche Grenzen hinweg, ist in dieser kompakten Form ein großer Mehrwert, um Multi-Level-Governance zu leben. Die Pilotaktionen können sowohl für die EU-Ebene als auch für die nationale Ebene als relevanter Seismograph dienen, um eigene Initiativen, Maßnahmen und Förderprogramme weiterzuentwickeln.

Auf Ebene der teilnehmenden Regionen erwies sich der transnationale Austausch über gemeinsame Herausforderungen sowie Ansätze für Lösungsmöglichkeiten als sehr hilfreich und führte auch zu bilateralen Kooperationen außerhalb der Aktivitäten im Rahmen der Partnerschaft. Die Förderung regionaler Maßnahmen ermöglichte es, Prozessinnovationen und Kooperationen in Gang zu setzen.

Um das Instrument der Pilotaktionen weiterzuentwickeln, wird eine Evaluierung durchgeführt. Prozesse, Erwartungshaltungen und die Form der Zusammenarbeit, Ergebnisse und Zielstellungen aus den Erfahrungen der ersten Generation der Pilotaktionen müssen einbezogen und wo erforderlich angepasst werden. Um die TA 2030 weiter umzusetzen, braucht es eine dauerhafte programmatische Verankerung sowie ein klares politisches Engagement aller beteiligten Staaten und der Europäischen Kommission.

*Die Pilotaktionen
mit deutscher
Beteiligung
der TA 2030 im
Überblick*



Neben der deutschen Pilotaktion wurden weitere Pilotaktionen der TA 2030 mit deutscher Beteiligung, unter der Leitung weiterer europäischer Staaten, umgesetzt.



Norwegische Pilotaktion: Die Bedeutung von Kleinstädten für die Regionalentwicklung

Die Pilotaktion „Small Places Matter“, unter der Leitung Norwegens, thematisierte die Rolle von Kleinstädten und Dörfern in der Realisierung integrierter territorialer Entwicklungsstrategien und in der Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit. Ziel war es, Erkenntnisse zu der Bedeutung der Territorialen Agenda für kleine Orte zu gewinnen und der Frage nachzugehen, wie die Rolle kleinerer Orte und Städte als Ankerpunkte für ihre umliegenden Gebiete im Rahmen der territorialen Entwicklung gestärkt werden kann. Von deutscher Seite beteiligte sich die Kleinstadt Rodewisch in Sachsen. Aufbauend unter anderem auf Vorarbeiten im Rahmen der Kleinstadtakademie und des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK) für den Mittelzentralen Städteverbund „Göltzschtal“ wurden drei Teilprojekte umgesetzt, bei denen jeweils die aktivierende Einbindung der lokalen Bevölkerung im Vordergrund stand. Themenschwerpunkte waren



Stadt Rodewisch

die Spielplatzentwicklung, der Einsatz eines multifunktionalen Treffpunkts und die Belebung des Stadtzentrums durch einen flexibel nutzbaren „Pop-up-Store“.



Pünderich, Rheinland Pfalz



Luxemburgische Pilotaktion: Grenzüberschreitende Raumplanung

Die Pilotaktion „Cross-border spatial planning“ wurde von dem luxemburgischen Ministerium für Energie und Raumordnung ins Leben gerufen, um einen Prozess des gegenseitigen Lernens mit Partnern aus ganz Europa zu initiieren und Input für die strategische Orientierung des derzeit in Überarbeitung stehenden Raumordnungskonzepts zu erhalten. Als Teil des Prozesses „Luxembourg in Transition“ arbeitete das Ministerium gemeinsam mit Akteuren aus luxemburgischen and angrenzenden Regionen an einer territorialen Vision und Umsetzungsstra-

tegie mit konkreten Projekten für eine dekarbonisierte und resiliente grenzüberschreitende funktionale Region. In Deutschland nahm das rheinland-pfälzische Landesministerium des Inneren und für Sport als Partner der Pilotaktion teil. Unter anderem im Rahmen von Werkstattgesprächen wurde ein intensiver Fachaustausch durchgeführt, um die Erfahrungen aus der Pilotaktion für die Landes- und Regionalentwicklung in Rheinland-Pfalz (und darüber hinaus) auszuwerten. Dabei sind insbesondere die Erkenntnisse bezüglich des Umgangs mit grenzüberschreitenden funktionalen Räumen, die an den rheinland-pfälzischen Landesgrenzen bestehen, von großem Nutzen.



Polnische Pilotaktion: Territoriale Folgenabschätzung sektoraler Politikmaßnahmen

Schwerpunkt der von Polen geleiteten Pilotaktion „Region-focused Territorial Impact Assessment (TIA)“ war die Anwendung raumbezogener Wirkungsanalysen zur Untersuchung der Auswirkung von Sektorpolitiken auf räumliche Disparitäten. Die Erkenntnisse der Analyse sollen dazu genutzt werden, um die Entwicklung zukünftiger Sektorpolitiken, zum Beispiel im Rahmen von Richtlinien oder Maßnahmen, zu unterstützen und somit die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern sowie ortsspezifische Bedingungen besser zu berücksichtigen. Als deutscher Partner der Pilotaktion hat die Gemeinsame Landesplanung Berlin-Brandenburg eine Studie zu den Auswirkungen des Eisenbahnausbaus in der Grenzregion zu Polen anhand der Bahnlinie Berlin-Gorzów Wielkopolski („Ostbahn“) durchgeführt. Der partizipative und methodisch innovative Ansatz der TIA erlaubte es, lokale Stakeholder im Rahmen von Workshops und Regionalkonferenzen einzubinden und die territorialen Auswirkungen des grenzüberschreitenden Investitionsvorhabens auf die Bereiche Siedlungsentwicklung und Raumstruktur, Gesellschaft und Soziales, Wirtschaftsentwicklung, Tourismus, Umwelt und Governance sehr anschaulich herauszuarbeiten.



Ostbahnbrücke bei Küstrin-Kietz



Schweizer Pilotaktion: Klimaschutz in Alpenstädten

Mit der Pilotaktion „Climate Action in Alpine Towns“ wurden unter Leitung des schweizerischen Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) in acht Alpenstädten Klimamaßnahmen umgesetzt. Zentrales Anliegen dieser Pilotaktion war es, ein besseres Verständnis für die Rolle von Kleinstädten in Prozessen der nachhaltigen Entwicklung in den Alpen zu erhalten und nachzuvollziehen, wie sie dahingehend weiter unterstützt werden können. Zu diesem Zweck wurde in einem Bericht der Einfluss der Alpenstädte auf die Regionen sowie der aktuelle Entwicklungsstand des Siedlungssystems untersucht. Dabei wurden fünf Szenarien erarbeitet, die neue Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft identifizierten. Parallel dazu wurden Pilotaktivitäten in acht Städten unterstützt, unter anderem auch in der Stadt Sonthofen. Hier kam es in der Fußgängerzone immer wieder zu Spannungen zwischen dem Fuß- und Radverkehr, die in einer Konfliktanalyse genauer untersucht wurden. Die Analyse trug dazu bei, die Diskussion zu versachlichen und unterstützte so die weitere Umsetzung des örtlichen Radverkehrskonzepts.

Mit dem Fahrrad durch die Sonthofer Innenstadt



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen

Internet: www.bmwsb.bund.de

Stand

Oktober 2023

Wissenschaftliche Begleitung

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-, und Raumforschung
Referat RS3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“
Sina Redlich (Projektleitung)

Auftragnehmer

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e.V.

Jonas Scholze, Caro Antonia Wulf, Alexandra Heitplatz
(Autor und Autorinnen)

INFRASTRUKTUR & UMWELT, Professor Böhm und Partner

Martin Reents (Autor)

Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Gestaltung

VorSprung Design und Kommunikation, Berlin

Bildnachweise

anzemulec, adobe.stock – Ländlicher Raum / Deckblatt

Henning Schacht – Porträt Klara Geywitz / S. 3

seregayu, adobe.stock – Region Alentejo / S. 6

Planungsverband Region Rostock – Region Rostock / S. 6

Regio Im Walgau – Modellregion Im Walgau / S. 6

Hans-Peter Berwig – Findlingspark Nochten / S. 6

Sonja Karnath – Sonthofer Innenstadt / S. 6

freepik – Luftpanorama auf die Elbe / S. 8

ESPON, 2020 – Index der Möglichkeiten für ein gutes Leben / S. 10

VorSprung Design & Kommunikation – Europakarte / S. 12

Hans-Peter Berwig – Findlingspark Nochten / S. 14

Regio Im Walgau – Modellregion Im Walgau / S. 15

marketanovakova, adobe.stock – Region Grand Est / S. 16

Planungsverband Region Rostock – Region Rostock / S. 17

seregayu, adobe.stock – Region Alentejo / S. 18

Rokfeler, adobe.stock – Stadt Schleswig / S. 19

freepik – Nachbarschaftshilfe / S. 20

freepik – Teamsitzung / S. 23

Region Grand Est – Karte der „Dritten Orte“ / S. 24

Tiers Lieus Grand Est – Veranstaltung „Dritte Orte“ / S. 24

Freepik – Älterer Mann am Laptop / S. 28

claudioliv, freepik – Glasfaserverlegung / S. 30

freepik – Festhalten im Bus / S. 32

Amt Süderbrarup – Smartes DorfShuttle / S. 33

Vorarlberger Verkehrsbund Rosinak 2023 – Stadtbus und Landbus / S. 34

RadelnohneAlterLustenau – Riksha Fahrt / S. 35

peoplecreations, freepik – gestapelte Hände / S. 36

rosshelenphoto, freepik – EU-Gebäude in Brüssel / S. 42

wirestock, freepik – Wiesen und Dorfkirche / S. 46

VorSprung Design & Kommunikation – Europakarte / S. 47

Stadt Rodewisch / S. 47

ah fotobox, adobe.stock – Pünderich Rheinland Pfalz / S. 48

Detlef Herz – Ostbahnbrücke bei Küstrin-Kietz / S. 49

Sonja Karnath – Sonthofer Innenstadt / S. 49

Diese Publikation wird als Fachinformation des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen kostenlos herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



TerritorialAgenda
A future for lagging regions



www.bmwsb.bund.de